

Lobbyismus in Deutschland

Die Einflüsterer



**Neue IG Metall-
Mitglieder**

Es lohnt sich, einzutreten

Hartz IV

Kämpfe und Hetzkampagnen



Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Die politischen Signale sind nicht ermutigend

Die Menschen haben sich bei den Bundestagswahlen im Herbst des vergangenen Jahres eindeutig festgelegt: Sie wollen keine weitere Politik à la Agenda 2010, und schon gar nicht eine neoliberale Kahl-schlagpolitik, die vom Sozialstaat nur noch einen Torso übrig lässt. Ich bin mir heute im Unklaren darüber, ob die Bundesregierung aus Union und SPD diesen Auftrag richtig verstanden hat. Die politischen Signale aus Berlin jedenfalls sind nicht ermutigend – im Gegenteil.

Die Menschen sollen in Zukunft bis zum 67. Lebensjahr arbeiten. Das ist ein schlechter Witz, denn schon heute ist ein Großteil der über 50-Jährigen vom Arbeitsmarkt abgehängt, weil Unternehmer kaum Ältere einstellen. Gleichzeitig wird wieder über den Kündigungsschutz offen spekuliert. Dabei zeigen alle Erfahrungen, dass eine Lockerung des Kündigungsschutzes zwar zu gravierender Zukunftsangst bei den Menschen führt, nicht jedoch zu mehr Arbeitsplätzen. Da halte ich es gern mit dem ehemaligen Chefredakteur des »Handelsblatt«, Hans Mundorf, der dazu treffend formulierte: »Es ist nun einmal nicht einzu-sehen, warum eine Lockerung des Kündigungsschutzes zum Angebot zusätzlicher Arbeitsplätze und nicht zum bloßen Austausch von Arbeit-nehmern führen würde; wie ja eine Liberalisierung des Scheidungs-rechts nur den Ersatz der älteren durch jüngere Ehefrauen bewirkte, nicht aber eine Zunahme der Eheschließungen.« Welche Wucht der Protest gegen eine solche Politik annehmen kann, konnte man wochen-lang in Frankreich erleben. Das zeigt im Übrigen auch, dass wir in Deutschland nicht über Arbeitsrechtsstandards sprechen, die es in an-deren Ländern nicht gibt, wie uns einige einreden wollen.

Und da ist noch die Gesundheitsreform. Noch liegt dicker Nebel über den Entwürfen, die in der Großen Koalition beraten werden. Aber eines ist klar: Eine weitere Belastung der Versicherten und Kranken, ob durch Minderung der Leistungen oder durch zusätzliche finanzielle Lasten darf es nicht geben. Sie haben in den vergangenen Jahren genug geblutet. Eine Kopfpauschale, ob direkt oder durch die Hintertür, kommt genau-so wenig in Frage wie das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge. Ziel der Reform muss es viel mehr sein, die Effizienz des Gesundheitssystems zu steigern und die Einnahmehasis der Kassen zu verbreitern. Die Bun-desregierung sollte ihr Volk nicht unterschätzen. Die Menschen haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass es ihnen reicht. Sie lassen sich nicht mehr alles gefallen, sie demonstrieren, gehen auf die Straße, ja sie streiken, wenn es gar nicht mehr anders geht. Aber eines wollen sie nicht mehr, sich unterwürfig fügen. Die Bundesregierung sollte das bei ihren Reformvorhaben bedenken.

Jürgen Peters

»Die Bundesregierung sollte ihr Volk nicht unterschätzen. Die Menschen haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass es ihnen reicht.«

Hartz IV

Vor einem Jahr besuchte **metall** vier Hartz-IV-Empfänger. Jetzt trafen wir sie wieder. Von unseren Betroffenen gibt es nicht viel Positives zu berichten. Ihr Motto: »Jeden Tag ein neuer Kampf.«

Seite 16



Foto: laif / Schmauch



Foto: picture-alliance / Bildagentur Huber / Giovanni

Recht auf Urlaub

Jeder Beschäftigte hat einen gesetzlich garantierten Anspruch auf Erholung. **metall** beantwortet die wichtigsten Fragen rund um das Thema Urlaub

Seite 26

Aus der Redaktion

Sommer und viel Sonne: Eine schöne Urlaubszeit wünscht die **metall**-Redaktion allen IG Metall-Mitgliedern.

Weil nicht alle Beschäftigten in den nächsten Wochen Urlaub machen dürfen, können oder wollen, hat sich die Redaktion für die Metallerinnen und Metaller, die trotz Urlaubszeit arbeiten müssen einen Trost einfallen lassen: Sendet uns die schönsten digitalen Fotos aus Eurer Arbeitswelt. Die Bilder werden von einer Jury prämiert, erhalten einen Preis und werden veröffentlicht. Mehr Infos: ab Seite 29.

Ab dieser Ausgabe gibt es eine neue Rubrik: Auf der Seite 31 ist Platz für Ideen. Hier werden Projekte vorgestellt, die Mut machen.

Die nächste Ausgabe von **metall** erscheint – wie jedes Jahr – erst wieder im September. ◀

Editorial

Jürgen Peters zum bevorstehenden politischen Herbst:
Die politischen Signale sind nicht ermutigend 2

Magazin

Ausbildung: Die Lüge der Arbeitgeber 4
IAV: Endlich ein Tarifvertrag 5
DGB-Kongress: Gemeinsamer Mindestlohn 6
Interview mit Ralf Köhler 7

Titel

Lobbyismus:
Wie in Berlin Politik gemacht wird 8

Mitglieder

Gemeinsam sind wir stark 12

Serie

Flüchtlinge 14

Betriebsreport

Fagerdala: Mit neuem Betriebsrat 15

Hartz IV

Jeden Tag ein neuer Kampf 16

Fußballweltmeisterschaft

Interview mit der Näherin Estella Ramirez 18
Alles Balla Balla 19

Branchenreport

Bahnindustrie: Aufs Abstellgleis 20

Porträt

Zu Besuch bei Rolf Rabe 23

Ratgeber

Herzinfarkt: Am Arbeitsplatz schützen 24
Urlaub: Erholung muss sein 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom

Heinz Bierbaum über
eine sozial verantwortliche Unternehmenspolitik 30

Regionales

Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titelillustration: Silvan Wegmann



Foto: laif / GAFF / Gellert

Bewerbungen schreiben: »Großunternehmen bilden zu wenig aus«

Ausbildungsnotstand

Wirtschaft lässt Jugendliche hängen

Fordern, Bitten, Klinken putzen – es nutzt alles nichts: Die Wirtschaft kommt ihrer Aufgabe, junge Menschen auszubilden, viel zu wenig nach.

Selbst Appelle von Bundeskanzlerin Merkel und dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck an das »patriotische Gewissen« der Unter-

nehmer haben bisher wenig bis nichts bewirkt, und ob die Mahnungen von Bildungsministerin Annette Schavan Wirkung zeigen, ist mehr als fraglich.

Rund eine halbe Million ausbildungsfähige Betriebe ohne Azubis gebe es, rechnet die Ministerin vor. Wenn nur jeder

zehnte davon bis zum Herbst einen Lehrling einstellen würde, wären alle Jugendlichen, die jetzt auf der Suche sind, versorgt. Gerade die großen Unternehmen zeigen sich knauserig, wenn es um Ausbildungsplätze geht. So kommen die 30 DAX-Unternehmen auf eine Ausbildungsquote von 5,8 Prozent – in der gesamten Wirtschaft beträgt sie 6,4. Und die Misere wächst: Nach Berechnungen der Bundesregierung werden in diesem Oktober vermutlich rund 50 000 junge Menschen leer ausgehen (im vergangenen Jahr fehlten zu diesem Zeitpunkt 20 000 Ausbildungsplätze).

Dabei befindet sich die Wirtschaft nach den neuesten Daten im Aufwärtstrend. Tatsächlich fanden im Mai so viele Arbeitslose eine Stelle wie seit Jahren nicht mehr. Doch die jungen Menschen auf Lehrstellensuche konnten davon nicht profitieren – mehr Ausbildungsplätze werden nicht bereit gestellt.

Trotzdem bekommen die Unternehmen von Wirtschaftsminister Michael Glos unverdrossen gute Noten. Sie gäben sich alle Mühe, um den Ausbildungspakt zu erfüllen. Das eigentliche Problem seien die Ausbildungsvergütungen – ihre Höhe schrecke die Firmen ab. Die Argumentation machte sich Gesamtmetall rasch zu eigen

und forderte, die Vergütungen zu kürzen. Für die IG Metall eine absurde Idee. Vorstandsmitglied Regina Görner fordert, die Bundesregierung solle statt Werbemaßnahmen und warmen Worten endlich etwas tun: Sanktionen für alle Betriebe, die sich seit Jahren beharrlich weigern auszubilden. ◀

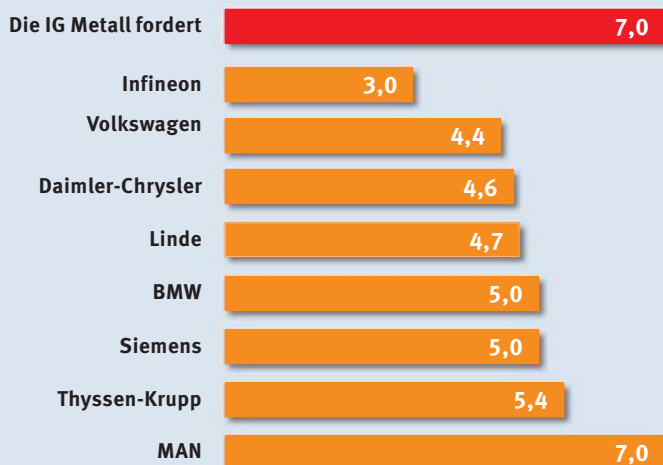
PFLAUME DES MONATS



Hessens Ministerpräsident **Roland Koch** offenbarte erneut sein fremdenfeindliches Weltbild. Seine Erkenntnis: Die Zuwanderung nach Deutschland ist mit der Eroberung Amerikas durch europäische Siedler zu vergleichen. Die Siedler hätten von der ursprünglichen Kultur der Indianer in Amerika **»nichts mehr übrig«** gelassen. Das gleiche Argument findet sich im Programm der sächsischen NPD: **»Die indianischen Völker konnten die Zuwanderer nicht stoppen. Jetzt leben sie in Reservaten.«** Bleibt die Frage, zu was sich Herr Koch zählt: Indianer, Häuptling oder gehört er ob solcher Äußerung schlicht und einfach an den Marterpfahl? ◀

Große Unternehmen zeigen sich knauserig

Ausbildungsquoten in Deutschland von Metallunternehmen im DAX
– Angabe in Prozent –



Quelle: IG Metall / Umfrage der Bundestagsfraktion, © metall-grafik

Wolfgang Clement im DIS-Aufsichtsrat

Mandat vom Lohndrucker

In seiner Zeit als Minister befürwortete Wolfgang Clement maßgeblich die Deregulierung der Zeitarbeitsbranche zu Gunsten der Arbeitgeber. Jetzt belohnt ihn das fünftgrößte deutsche Zeitarbeitsunternehmen DIS AG mit einem Sitz im Aufsichtsrat.

Viele Schutzvorschriften für Leiharbeiter gingen in der Regierungszeit von Rot-Grün den Bach runter. Das Befristungsverbot und der besondere Kündigungsschutz für Leiharbeiter wurden 2004 aufgehoben.

Die Folgen für die Betroffenen sind verheerend: Nur ein Drittel aller Leiharbeitsverhältnisse dauern heute noch länger als drei Monate. Maßgeblicher Befürworter: Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement. Am gravierendsten war die Abschaffung der Höchstüberlassungsgrenze. Dürfte man früher einen Leiharbeiter nur für drei Monate an

ein Unternehmen ausleihen, wurde diese Frist auf 24 Monate ausgedehnt und später mit der Einführung der Hartz-Reformen ganz aufgehoben.

»Das hat die Arbeitswelt nachhaltig verändert«, sagt Jürgen Ulber von der IG Metall. »Jeder Arbeitsplatz ist heute durch einen Leiharbeiter ersetzbar.« Kein Wunder, dass sich die Branche seither über einen Boom freuen kann. Die

Zeitarbeitsunternehmen, die sich vornehm »Personaldienstleister« nennen, wollen ihren Marktanteil erhöhen.

Allen voran die DIS AG, die für Lohndrückerei bekannt ist. Zusammen mit dem Mutterunternehmen Adecco will die DIS AG zum größten Anbieter weltweit werden. Die Tagelöhner soll das Schmuddelimage ablegen – mithilfe von Saubermann Clement im Aufsichtsrat. ◀



Foto: picture-alliance / dpa / Heyder

Ex-Minister Wolfgang Clement: Neuer Job in der Wirtschaft

Ingenieurgesellschaft IAV GmbH

Entwickler in Aktion für höhere Tarifgehälter

Zum ersten Mal beteiligten sich die Belegschaften in den drei Standorten der Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (IAV) an Aktionen. Verhandelt wurde über einen neuen Haustarifvertrag. »Es war ein Wagnis, die Beschäftigten um Unterstützung zu bitten«, sagt Helga Schwitzer, die die Verhandlungen für die IG Metall führte. Drei Belegschaften, verteilt auf Gifhorn, Berlin und Chemnitz, ein reines Dienstleistungsunternehmen, die Hälfte der 2550 Beschäftigten hoch qualifizierte Ingenieure, viele von ihnen nicht Mitglied der IG Metall. Nicht gerade das klassische Kampfteam in Tarifeinensetzungen.

Doch die Angestellten mussten nicht lange gebeten werden. Sie machten mit bei der Aktion. »Wer später kommt, darf früher gehen.« In der Aktion ging es darum, keine Minute länger als die Kernarbeitszeit zu arbeiten.

Die Angestellten kamen zu offenen Mitgliederversammlungen und in ungewöhnlich großer Zahl zu außerordentlichen Betriebsversammlungen. Auch die, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind. Und es hat sich für sie gelohnt: Die Gehälter steigen ab Oktober drei Monate um ein Prozent und ab Januar 2007 für zwölf Monate um weitere 2,3 Prozent. Im Juli gibt es 1400

Euro Einmalzahlung, für Azubis 400 Euro. Der Geschäftsleitung gelang es nicht, die 40-Stundenwoche durchzusetzen. Es bleibt bei 38 Stunden. Wer länger arbeitet, erhält also Entgelt- und Zeitausgleich. Keinen Erfolg hatte die IAV-Geschäftsführung auch bei dem Versuch, die höchste Entgeltgruppe zum außertariflichen Entgelt zu machen, um künftig nach Gutsherrenart allein bestimmen zu können, wer es bekommt. Ein weiterer Erfolg muss sich erst langfristig erweisen: Ob sich, wie das Gifhorer Betriebsratsmitglied Axel Rochlitz hofft, »eine neue Form der Solidarität entwickelt«. ◀

Außenansicht

Studiengebühren

Ungerechtes System

In keinem OECD-Land hängt der Bildungserfolg der Kinder so stark vom Einkommen der Eltern ab, wie hier zu Lande. Studiengebührenbefürworter versuchen, dies als Argument für Gebühren zu nutzen. Ihre Behauptung: Gebühren seien gerecht, da aus dem Steueraufkommen aller, das im wesentlichen von mittleren und unteren Einkommensschichten getragen wird, das Studium von Kindern hauptsächlich höherer Einkommensschichten finanziert würde: Die Krankenschwester zahle dem Arztsohn das Studium. Das ist der Versuch, mit bestehenden Ungerechtigkeiten neue zu rechtfertigen. Die wirklichen Probleme – mangelnde Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit – werden durch Studiengebühren nicht gelöst: Für die Kinder der Krankenschwester wird ein Studium weiter erschwert. Der studierte Einkommensmillionär und die arbeitslose Akademikerin tragen die selbe Last. Den Ausweg bietet nur ein Ausbau des Bafög und – ein gerechteres Steuersystem. Höhere Einkommen müssen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Hier entlarven sich die Gebührenbefürworter: Zum einen fordern sie Studiengebühren – angeblich wegen des höheren Einkommens von Akademikern. Andererseits treten sie für eine Absenkung des Spitzensteuersatzes ein. Weder im Bildungs- noch im Steuersystem können wir uns aber weitere Fehler erlauben. Wir brauchen einen Richtungswechsel. ◀



Jochen Dahm, Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

Köpfe

Der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand wurde auf dem DGB-Bundeskongress für die nächsten vier Jahre gewählt: **Michael Sommer** (54) wurde in seinem Amt bestätigt. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten am 23. Mai das CDU-Mitglied **Ingrid Sehrbrock** (58). Sie ist zuständig für die Bereiche Jugend, Bildung, Beamte und Öffentlicher Dienst, Frauenpolitik sowie Arbeits- und Sozialrecht. Ebenfalls wiedergewählt wurde der Metaller **Dietmar Hexel** (56), der seit 2002 dem Gremium angehört. Er ist zuständig für die Bereiche Personal, DGB-Rechtsschutz, Bildung, Mitbestimmung sowie Energie- und Umweltpolitik. Neu im geschäftsführenden Bundesvorstand sind **Annelie Buntenbach** (51, Mitglied der Grünen) und **Claus Matecki** (57, SPD-Mitglied, Foto). Matecki war seit 2003 für die Koordination der Vorstandsaufgaben bei der IG Metall zuständig. Außerdem

leitete er den Bereich Kommunikation und Medien. Dort stellte er in den vergangenen zwei Jahren die Weichen für die Neuausrichtung der IG Metall Medien. Er

ist zuständig für Struktur- und Regionalpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Handwerk, Mittelstand, Tarifpolitik sowie Finanzen des DGB. Annelie Buntenbach übernahm die Bereiche Arbeitsmarkt, Alterssicherung, Arbeitsschutz, Gesundheit, Migrations- und Antirassismuspolitik, Schwerbehinderte sowie Senioren. ◀



Foto: IG Metall / Schildhauer

DGB-Kongress in Berlin

Gemeinsam für Mindestlohn



Foto: DGB / Jürgen Seidel

Aktion beim DGB-Kongress: »Arm trotz Arbeit – kein Lohn unter 7,50 Euro die Stunde«

Arbeit darf nicht arm machen. Deshalb fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro.

Dafür sprachen sich die Delegierten des DGB-Kongresses in Berlin aus. Auf dem Kongress äußerte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Thema Mindestlohn. Sie erklärte sich zu Diskussionen bereit, lehnte allerdings die geforderten 7,50 Euro ab. Im internationalen Vergleich liegt die DGB-Forderung allerdings eher im unteren Bereich. IG-Metall-Vorsitzender Jürgen Peters kritisiert die Haltung der Bundeskanzlerin und empfiehlt ihr einen Blick in die USA. Dort will die Stadt Chicago großen Einzelhandelsunternehmen einen Mindestlohn von zehn Dollar verordnen. Das entspricht etwa 7,80 Euro.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen auch: Mindestlöhne vernichten keine Arbeitsplätze. In Großbritannien stieg der Lohn für rund eine Million Menschen, ohne dass dies Ar-

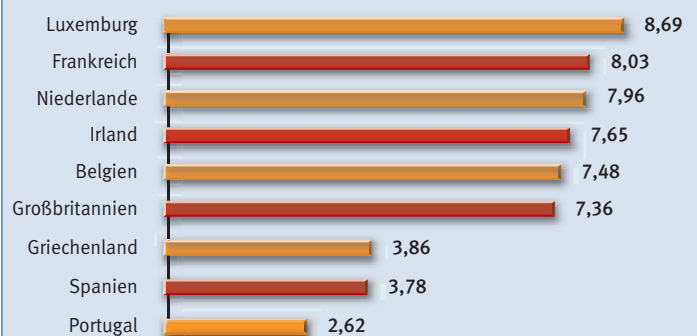
beitsplätze gekostet hätte, stellte ein britischer Arbeitgebervertreter fest.

Auf dem DGB-Kongress hatten sich die Gewerkschaften auf einen Mix aus tarifvertraglichen Regelungen und Mindestlohn geeinigt. Danach soll in jeder Branche das unterste Tarifentgelt als Mindestlohn gelten. Der

gesetzliche Mindestlohn soll überall dort gelten, wo Tarifverträge nicht greifen oder die Grenze von 7,50 Euro unterschreiten. Außerdem forderte der DGB, die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit zu erleichtern und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen auszuweiten. ◀

In West-Europa eher Unterkante

Gesetzliche Mindestlöhne in westlichen EU-Staaten – in Euro pro Stunde –



Quelle: Schulten 2006, © metall-grafik

Rechtsextremismus

»ES DARF KEINE NO-GO-AREAS GEBEN«

metall sprach mit Ralf Köhler, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Südbrandenburg.

metall: Rechtsextreme Straftaten nehmen zu. Wie gefährlich sind die Neonazis?

Köhler: Der Rechtsradikalismus ist sicher ein ernst zu nehmendes Problem. Wichtig ist, dass man sich mit diesen Leuten gründlich auseinandersetzt, sowohl mit Älteren als auch mit Jüngeren. Wir sollten deutlich Position beziehen und die rechten Parolen entlarven.

metall: Sind Empfehlungen für Ausländer, bestimmte Regionen zu meiden, übertrieben?

Köhler: Solche Empfehlungen sind genau der falsche Weg. Jeder muss sich überall frei bewegen können, auch Migranten. Und wenn das derzeit nicht überall gewährleistet ist, muss man dafür sorgen, dass es möglich ist. Es darf in Deutschland keine so genannten »No-Go-Areas« geben.

metall: Das umzusetzen, scheint momentan schwierig zu sein. In Cottbus beispielsweise haben Neonazis schon Jugendclubs gestürmt, nur weil dort ein schwarzer Bassist auftrat.

Köhler: Das stimmt, aber es gibt auf der anderen Seite auch den Widerstand der Anständigen, die sich beispielsweise im »Cottbusser Aufbruch« organisiert haben.

metall: Ist die IG Metall dabei?

Köhler: Ja, gemeinsam mit dem DGB. Dem »Cottbusser Aufbruch« gehören Gewerkschaften, Vertreter der Kommunen und Kirchen sowie Bürgerinitiativen an. Sie alle unterstützen das friedliche Zusammenleben und die Integration von Ausländern ...

metall: ... Gibt es in Cottbus überhaupt noch Ausländer?

Köhler: Selbstverständlich, ich denke nur an unseren vielen Studenten, aber auch die eingebürgerten Zuwanderer oder ausländischen Arbeitnehmer. Der »Cottbusser Aufbruch« hat sich deutlich gegen die Fremdenfeindlichkeit positioniert. Manchen hier hat das zwar nicht gepasst, aber das beeindruckt uns nicht, wir sind viele und werden unsere Bemühungen weiter verstärken.

metall: Du sagst, man muss mit den Rechten reden. Worüber?

Köhler: Wir merken vor allem bei



Ralf Köhler: »Die Leute glauben, dass Ausländer ihnen die Jobs wegnehmen«

unseren Aktionen an den Berufsschulen, dass viele Jugendliche Vorurteilen aufsitzen. Die Leute glauben, dass die Ausländer ihnen die Jobs wegnehmen. Und sie machen sie dafür verantwortlich, wenn jegliche Perspektiven fehlen und kaum Chancen auf eine vernünftig bezahlte Arbeit in der Region existiert.

metall: Greifen solche Vorurteile auch in den Betrieben?

Köhler: Es gibt auch in den Betrieben ein Potenzial für rechte Denkmuster, keine Frage. Aber die Unternehmen, in denen die IG Metall vertreten ist, halten dagegen, sowohl die Betriebsräte, als auch die Geschäftsleitungen. Wenn irgendwo Hakenkreuze oder rechte Parolen auftauchen, gibt es meist entsprechende Reaktionen.

metall: Müssten auch Politik und Gerichte härter vorgehen?

Köhler: Ja, ich denke schon. Die ständigen Aufmärsche der Neonazis – beispielsweise am Soldatenfriedhof in Halbe – müssten verboten werden. Andernfalls entstehen doch Wallfahrtsorte für falsche Ehrengedenken. Derzeit versuchen wir mit Protestdemonstrationen diese Veranstaltungen zu verhindern, und jedes Mal gibt es Zoff. Die Menschen wollen das nicht.

metall: Was tut die IG Metall gegen Neonazis?

Köhler: Wir arbeiten im Cottbusser Aufbruch mit und tun alles dafür, dass die Rechten sich nicht in der Stadt ausbreiten. So hat der DGB kürzlich eine offene Diskussionsrunde zusammen mit der Antifa zu diesem Thema organisiert. ◀

Häcker-Küchen

Gratis-Mehrarbeit in die Tasche des Firmenchefs

Die Häcker-Firmenleitung (Rödinghausen), bekannt für ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung, drängt die rund 700 Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit.

Bisher galt auch bei Häcker die 35-Stunden-Woche, und der Küchenhersteller verdiente gut. Doch Firmenchef Horst Finkemeyer will noch mehr verdienen. Erst ist die Firma aus dem Arbeitgeberverband ausgetre-

ten. Dann forderte die Geschäftsleitung alle Beschäftigten auf, einen abgeänderten Arbeitsvertrag zu unterschreiben.

»Ab dem 1. Juni 2006 wird die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden auf 40 Stunden je Woche ohne Lohnausgleich angehoben«, heißt es darin. Als Gegenleistung gibt die Geschäftsleitung eine Beschäftigungsgarantie – bis

Ende 2007. Der Coup hat die gesamte Branche in Harnisch gebracht. Peter Sanne, Betriebsratsvorsitzender bei »Bauformat«, Löhne: »Häcker sackt mit der 40-Stundenwoche jedes Jahr neun Millionen Euro an Extragewinnen ein.« Es sei so sicher wie »das Amen in der Kirche«, dass konkurrierende Betriebe jetzt versuchen würden, nachzuziehen.

Die IG Metall-Tarifkommission für die Holzverarbeitende Industrie in NRW hat die Beschäftigten per Offenem Brief aufgefordert, keine Vertragsveränderungen zu unterschreiben. Die fünf Stunden Mehrarbeit würden ohne massive Umsatzsteigerungen »bis zu 14 Prozent der Stellen« kosten, und die Beschäftigungsgarantie sei »juristisch« kaum etwas wert. ◀



Berliner Hintermänner

Ein heißer Herbst steht bevor: Die Regierung will die Unternehmensteuer senken, den Kündigungsschutz aufweichen, ein neues Gesundheitssystem und die Verschärfung von Hartz IV beschliessen. Die Einflüsterer der Wirtschaft sorgen in Berlin dafür, dass alles so läuft, wie sie es sich wünschen. Dazu benutzen sie immer subtilere Methoden, Menschen und Medienkonzepte.

Von Susanne Rohmund

Zur besten Sendezeit am Vorabend gab es in der beliebten ARD-Serie »Marienhof« Folge 1936 einen kleinen unscheinbaren Dialog zwischen einem Arbeitgeber und einem Jobsucher. Die Botschaft lautete »Arbeitszeiten rauf!« und klang wie folgt: »Wir sind im Moment ganz besonders auf das Engagement unserer Mitarbeiter angewiesen, Flexibilität steht bei uns an oberster Stelle.« Jobsuchender: »Ja, vielleicht könnte ich erst mal auf 20-Stunden-Basis ...« Arbeitgeber: »Oh, das tut mir leid, wie gesagt, wir sind ein junges Unternehmen. Von einer 50-Stunden-Woche müssten sie erst mal schon ausgehen, zumindest am Anfang. Später können wir gern mal darüber reden.«

Ein Dialog mit politischer Botschaft. Der Preis für die Arbeitgeber-Propaganda in sieben »Marienhof«-Folgen: 58 000 Euro. Bezahlte von der »Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM), der Lobby-Institution des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, der APO des Kapitals. Die Schleichwerbung flog auf. Der Presserat rügte die Initiative, die Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser 1999 ins Leben rief. Mit 100 Millionen Euro wurde die PR-Maschinerie bisher ausgestattet. Das Ziel: Wirtschaftsfreundliche »Reformen« gesellschaftsfähig machen.

Der schleichende Einfluss der Wirtschaft wird größer. »Der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft ist offener und projektbezogener, aber auch komplexer geworden«, ergab eine Umfrage der PR-Agentur Plato. Und

deshalb gehören vertrauliche Treffen von Umweltminister Gabriel und Spitzenvertretern der vier deutschen Atomkonzerne Eon, EnBW, RWE und Vattenfall mittlerweile zum Alltag des Berliner Politgeschäfts. »Lobbyisten und PR-Vertreter haben das politische,

wirtschaftliche und gesellschaftliche Berlin praktisch unter ihre Kontrolle gebracht«, diagnostiziert Buchautor Hajo Schumacher. Neu ist nicht nur der zunehmende Einfluss der Wirtschaft, sondern auch die schleichende Manipulation der Öffentlichkeit durch Lob-

Der Cheflobbyist

Dieter Hundt

Der Chef der Arbeitgeber zählt zu den mächtigsten Einflüsterern. Seine Lieblingsthemen: Mitbestimmung einschränken, Ausbildungsvergütung kürzen sowie das Streikrecht beschneiden. Die Arbeitgeber bilden in Berlin die zahlenmäßig größte Gruppe von Meinungsmachern. 1900 Lobbyisten sind in der Verbändeliste des Deutschen Bundestags registriert. Zusätzlich haben rund 100 Firmen Repräsentanten in der Hauptstadt. Deren einziges Ziel ist es: arbeitgeberfeindliche Gesetze frühzeitig verhindern. »Dabei stehen den Firmen völlig neue Wege offen«, weiß Rudolf Speth, Privatdozent am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der FU Berlin. Denn: Für die Unternehmen wird direktes Lobbying immer wichtiger, ergab eine Umfrage der PR-Agentur Plato. Dieter Hundt ist dabei das Sprachrohr aller Arbeitgeber. Er zieht die Stricken hinter den Kulissen und versucht, die öffentliche Meinung frühzeitig zu beeinflussen.

Foto: picture-alliance / dpa / dpaweb / kugler



Lobbying in Berlin

Das traditionelle Lobbying – die geräuschlose Einflussnahme – verliert an Bedeutung. Heute werden Dienstleister wie PR-Agenturen immer wichtiger



bying-Dienstleister und deren PR-Agenturen. In Deutschland stehen 30 000 Politik- und Wirtschaftsjournalisten rund 15 000 bis 18 000 PR-Leuten gegenüber, schätzt der Leipziger Medienwissenschaftler Michael Haller. Und das Verhältnis verschiebt sich immer weiter zu Gunsten der PR. Lobby-PR ist die Stärke der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM). Sie placiert nicht nur Schleichwerbung in der Vorabendserie »Marienhof«, sie »initiiert« sogar Scheindemonstrationen. So geschehen am 16. Februar dieses Jahres. Die INSM baute einen »gordischen Knoten des Föderalismus« aus verknüpften Tauen vor dem Reichstagsgebäude auf. Die Botschaft der Aktion: »Der föderale Knoten muss endlich durchschlagen werden.« Die Presseagentur DPA fotografierte die Aktion und verschickte anschließend ein Foto mit dem folgenden Begleittext: »Demonstration zur Föderalismusreform: Junge Leute ziehen am Donnerstag vor dem Reichstagsgebäude in Berlin an einem großen gordischen Knoten.« Dass es sich bei den »Demonstranten« um INSM-Vertreter – vermutlich Mitarbeiter der zu-



arbeitenden PR-Agentur Scholz & Friends handelte, interessierte die Presseagentur nicht. Das Foto samt entsprechender Bildunterschrift schaffte es in zahlreiche Tageszeitungen. Deutschland befindet sich auf dem Weg zur Mediendemokratie, beobachtet der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli. Seine These: Parteien und Parlamente bestimmen immer weniger die Themen der Politik. Themen werden durch die Medien gesetzt. Neu im Lobbygeschäft ist auch eine wachsende

Anzahl Wissenschaftler, die sich vor den Karren der Wirtschaft spannen lassen. »Die Wissenschaft ist in weitem Maße gleichgeschaltet. Viele, die dort tätig sind, sind politisch korrupt. Sie arbeiten für private Interessen und tun so, als seien sie Wissenschaftler«, sagt Publizist Albrecht Müller. Jüngstes Beispiel: die Debatte um die längere Lebensarbeitszeit. Besonders aktiv in Talkshows: der Sozialforscher Meinhard Miegel, der nicht müde wird, die gesetzliche Rentenversiche-

Meinungsmacher in eigener Sache

Werner Sinn

Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, eine der großen staatlich finanzierten Denkfabriken. Sinn gilt als der marktradikale Wirtschaftsforscher Deutschlands und als Gewerkschaftshasser. Seine Forderungen: längere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, sinkende Renten und weniger Sozialstaat.



Foto: picture-alliance / dpa / Kniefel

Ferdinand Dudenhöffer

Der Ex-Automobilmanager ist Professor an der Fachhochschule Gelsenkirchen. Gleichzeitig ist Dudenhöffer seit 2002 Geschäftsführer der Privatfirma B&D Forecast GmbH. Seine Forschung und vor allem B&D finanzieren sich durch Auftragsarbeiten für die Industrie. Das ist problematisch: In der Öffentlichkeit erscheint er als Professor einer staatlichen Fachhochschule, also als objektive Instanz. Tatsächlich arbeitet er aber auch für die Industrie. Laut »Spiegel« erhielt er im vergangenen Jahr allein von Daimler-Chrysler knapp 400 000 Euro.

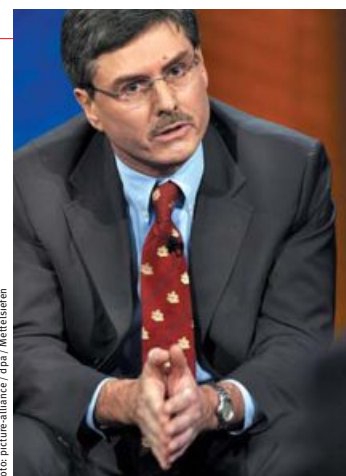


Foto: picture-alliance / dpa / Metteliefen

Peter Hahne

Stellvertretender Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, Essayist, Moderator und Theologe. Der ZDF-Mann hat sich zwar bisher keiner der neoliberalen Organisationen angeschlossen. Seine Nähe zur CDU ist aber bekannt. Er gilt als »bibelfester Unions-Liebling« und vertritt konservative Ansichten zu Familie, Ehre, Anstand und Manieren.

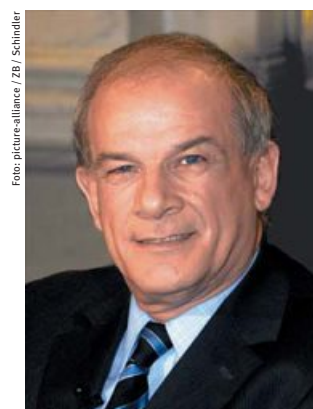


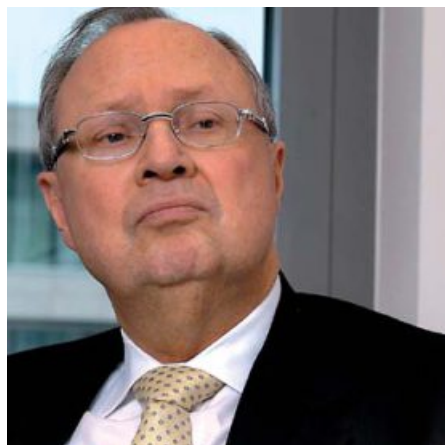
Foto: picture-alliance / ZB / Schindler



Zu Gast bei Sabine Christiansen

Meinungsmacher wie Sozialforscher Meinhard Miegel (li. neben Christiansen) oder INSM-Botschafter wie Späth sind gern gesehene Gäste. Gewerkschafter wie Metaller Klaus Ernst (ganz links) werden abgewatscht

Lobbyisten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft



Martin Kannegiesser

Gesamtmittel-Präsident.

1999 rief Kannegiesser die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ins Leben und statet sie seitdem jährlich mit 10,25 Millionen Euro aus. Die INSM arbeitet wie eine hochprofessionelle PR-Maschinerie. Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigte aber die Grenzen der Mediendemokratie. Nun schult die INSM ihre Botschafter besser für Medienauftritte.

Foto: picture-alliance / dpa / Wolff

Lothar Späth

Ex-Ministerpräsident Baden-Württembergs, Aufsichtsratsvorsitzender bei Jenoptik und Deutschlandchef der amerikanischen Investmentbank »Merrill Lynch«. Späth ist »Botschafter« der INSM und macht offensiv für deren Ziele Werbung. So ließ sich Späth beispielsweise auf einer ganzseitigen Anzeige mit einem Interview (»Mehr Mut zur Ungleichheit«) abbilden.



Foto: picture-alliance / dpa / dpaweb / Weibrod

Friedrich Merz

Mitglied der Bundestags. Der Sauerländer ist Gründungsmitglied des Fördervereins der INSM. Er wirbt aktiv für die Ziele der Initiative. Er tritt als Politiker auf, verkündet aber die Botschaften der Lobbyorganisation. Denn für Merz ist die INSM »die Stimme der ökonomischen Vernunft«.



Foto: picture-alliance / dpa / dpaweb / Vennemann

Oswald Metzger

Publizist und Politikberater, bis 2002 haushaltspolitischer Sprecher der Bündnisgrünen. Metzger ist einer von sieben Kuratoren der INSM, zu denen nicht nur Martin Kannegiesser, sondern auch Hans-Dietrich Winkhaus, Präsident des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, sowie Hans Tietmeyer, ehemaliger Präsident der Bundesbank, gehören.



Foto: picture-alliance / dpa / dpaweb / Meichert

nung schlecht zu reden. Worüber Miegel jedoch meistens schweigt: Er berät ein Institut für Altersvorsorge, das von der Deutschen Bank und Versicherungsgesellschaften finanziert wird. Also den Profiteuren der Panik-Mache rund um die Rente.

»Das ökonomische Denken gewinnt an Bedeutung, und die Differenzen zwischen Politik und Ökonomie schleifen sich ab«, warnt Buchautor Rudolf Speth. Zeit, dem entgegenzuwirken. ◀

Mehr zum Thema Lobbyismus

Bücher:

- Thomas Leif/Rudolf Speth: »Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland«. VS Verlag, 2006, 19,90 Euro.
- Albrecht Müller: »Machtwahn«. Droemer/Knaur, 2006, 19,90 Euro.
- Cerstin Gammelin/Götz Hamann: »Die Strippenzieher«. Econ, 2005, 19,95 Euro.

Im Internet:

- www.lobbycontrol.de
- www.corporateeurope.org
- www.transparency.de
- www.nachdenkseiten.de
- www.igmetall.de (unter →Themen → Kampagnen der Arbeitgeber)
- und unter www.extranet.igmetall.de, dem Netz für IG Metall-Funktionärinnen und Funktionäre (unter →Themen → Politik-Meinungsmacher)

Gemeinsam sind wir stark

»Ziehen Sie mit« – das ist das Motto der Mitglieder-Werbekampagne der IG Metall, die seit Anfang Mai läuft und bis zum 30. September dauert. Die erfolgreiche Tarifrunde hat vielen Beschäftigten klar gemacht, dass Arbeitnehmer gemeinsam viel erreichen, und liefert damit die besten Argumente für den Beitritt. metall stellt hier einige »Neue« vor.

Von Gabriele Prein



Foto: Christian v. Polenz

Anja Nobis, 36,
kaufmännische Angestellte bei
Aqua Rotter, Ludwigsfelde

»Ich bin IG Metall-Mitglied,
weil man die großen Probleme
im Betrieb allein gar nicht
lösen kann.«

»Ich wollte die Arbeit nicht immer den anderen überlassen«, fand die Finanzbuchhalterin Anja Nobis und kandidierte für den Betriebsrat. Und schon war sie gewählt. Erst da entschloss sie sich, in die IG Metall einzutreten. »Ohne die Unterstützung der Gewerkschaft könnte ich die Aufgabe als Betriebsrat mit so viel Verantwortung nicht meistern.« Noch ist alles neu für sie, aber Anja weiß schon jetzt: »Das war der richtige Schritt.«

Gerald Willems, 50,
technischer Redakteur
bei Rheinmetall, Bremen

»Ich bin IG Metall-Mitglied,
weil man seine Interessen
gemeinsam viel effektiver
vertreten kann.«

»Wenn Gewerkschaft, dann IG Metall«, das stand fest für Gerald Willems. Nun hat er zum zweiten Mal eine Beitrittserklärung unterschrieben. Beim ersten Mal wurde er noch in der Lehre Metal-ler, dann »versandete das«. Aber jetzt »hat es einfach gereicht«. Das Unternehmen verlässt den Arbeitgeberverband, fordert längere Arbeitszeit und hebt die alten Arbeitsverträge aus, um schlechtere abzuschließen. Da kann man sich nicht alleine gegen stemmen, da braucht man einen starken Betriebsrat. Und der braucht Mitglieder. Klare Sache für Gerald Willems: Er will noch mehr Kollegen überzeugen. ◀

Foto: Carmen Jaspersen



Thomas Rudolf, 35,
Entwicklungsingenieur bei
Valeo, Bietigheim-Bissingen

»Ich bin IG Metall-Mitglied,
weil ich zusammen mit
meinen Kollegen
längere Arbeitszeiten
verhindern will.«

Was macht ein Ingenieur in der Radarabteilung? Er forscht an Sensoren, die Autofahrern das Leben sicherer machen. Seit einem Jahr ist Thomas Rudolf bei Valeo, der Job macht Spaß. Aber zu verbessern gibt es immer was. Was ihm wichtig ist: die Arbeitszeit. Wenn man die Arbeit gut organisiert, braucht man keine ständigen Überstunden. Da will er was tun – gemeinsam mit Kollegen und dem Rückhalt der IG Metall. ◀



Foto: Joachim E. Röttgers

**Christian Hosemann, 41,
Hüttenmeister im Lechstahl-
werk, Meitingen**

**»Ich bin IG Metall-Mitglied, um
den Tarifvertrag zu bewahren.«**



19 Jahre lang lief alles prima auf der Hütte. Gewerkschaften: Kein Thema für Christian Hosemann. Immer wurde über Tarif gezahlt. Jetzt ist alles anders: Die Löhne werden gekürzt, niemand weiß, was als Nächstes kommt. »Ohne die Gewerkschaft packen wir die Probleme nicht.«



Foto: Alcino Theodoro da Silva

**Margot Schlöder, 51,
Industriekauffrau
im Sägewerk Klausen,
Adelebsen**

**»Ich bin IG Metall-Mitglied,
weil wir mehr Power
brauchen.«**

Viele von Margots Kollegen haben jetzt den Weg zur IG Metall gefunden. Denn es gibt eine Menge Zoff, seit der Betrieb von einem neuen Eigner übernommen wurde. Grund sind die neuen Arbeitsverträge, die jedem einzelnen Beschäftigten angeboten werden sollen - natürlich mit längerer Arbeitszeit ohne Bezahlung. Die ersten Klagen laufen. Da braucht man gute Nerven und die Unterstützung von Experten, weiß Hobby-Tänzerin Margot. Ob sie in der IG Metall aktiv wird? Mal abwarten. ◀

**Udo Wolf, 43,
Motorenschlosser
bei MIP Fahrzeugbau, Mainz**

**»Ich bin IG Metall-Mitglied,
weil ich mich als frisch
gewählter Betriebsrat schlau
machen will.«**

»Man kann nicht alles aus dem Ärmel schütteln, was da auf einen zukommt«, stellt Udo Wolf fest. Deshalb die schnelle Entscheidung nach seiner Wahl zum Betriebsratsvorsitzenden: Rein in die IG Metall. Es ist sein zweiter Eintritt nach ein paar beruflichen Umwegen. Jetzt kümmert er sich um die Probleme seiner rund 40 Kollegen. »Es gibt viel zu entscheiden. Gut, dass ich die IG Metall im Hintergrund habe.«



Foto: Frank Rumpfenhorst

Mitmachen lohnt sich...

... auch für die frisch Geworbenen:

Wer jetzt in die IG Metall eintritt, bekommt einen kleinen Taschenrechner als Geschenk. Ganz neu: Im Internet findet sich unter **www.ziehen-sie-mit.de** ein spannender Check zum Arbeitsplatz: Wie gut sind meine Arbeitsbedingungen? Wer beim kleinen Test mitmacht, kann auch etwas gewinnen. ◀





DIE MENSCHENRECHTE



Illustration: PD/Arville

Artikel 14

»Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.«

In Deutschland leben rund 200 000 Menschen in der Duldung. Viele sind hier längst zu Hause. Dennoch droht ihnen täglich die Abschiebung.

Deutschland wird Weltmeister – Abschiebeweltmeister. Diesen Titel hat die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl dem Land verliehen. Während Deutschland sich gegenüber Fußballfans weltoffen präsentiert, sei für viele Menschen im Land Abschiebung die Praxis. Dafür zeigt Pro Asyl Deutschland die Rote Karte.

Sie wohnen zwei Stockwerke höher, arbeiten beim Bäcker um die Ecke oder besuchen das städtische Gymnasium – und eines Tages sind sie nicht mehr da. Nachbarn, Mitschüler oder Freunde, abgeschoben von der deutschen Bürokratie in ein Land, an das sie nur mit Angst zurückdenken und das manche nur vom Hörensagen kennen.

Ständige Ungewissheit

Rund 200 000 Menschen werden in Deutschland »nur geduldet«. Rund 120 000 von ihnen leben schon länger als fünf Jahre in ständiger Ungewissheit. Ein Zustand, der aus Sicht von Bernd Mesovic, Referent von Pro Asyl in Frankfurt, untragbar ist. »Mit der Duldung sollte eigentlich nur eine kurze Zeit überbrückt werden. In Deutschland leben Menschen aber inzwischen 15 Jahre und länger in der Duldung.« Sie sind hier längst zu

Hause. Ihre Kinder sprechen oft besser deutsch als die Sprache ihrer Eltern. Dennoch könnte jeder Tag für sie der letzte in diesem Land sein. »Es gibt viele Fälle, in denen sehr brutal abgeschoben wurde«, sagt Mesovic. Der deutsche Staat nimmt wenig Rücksicht. Selbst Familien werden auseinander gerissen.

Traurige Spitzenposition

Das Asylrecht werde in Deutschland sehr rigide gehandhabt. Die Anhörungen der Flüchtlinge wimmelten oft von Fehlern. Vielen Sachbearbeitern mangle es an Landeskenntnissen. Immer wieder würden Folterfälle von ihnen übersehen oder ignoriert. »Die Anerkennungsquoten sind

mittlerweile so niedrig, dass die Innenminister jeden Flüchtling per Handschlag begrüßen können«, sagt Mesovic. Und selbst anerkannte Flüchtlinge sind in Deutschland nicht sicher. Mehr als 27 000 Menschen wurde allein in den letzten beiden Jahren ihr Asylstatus wieder aberkannt. In anderen europäischen Ländern geschehe das nur in einer Hand voll Fällen. Dort bekommen Menschen, die schon lange im Land leben, auch eher eine Chance auf Legalisierung und Einbürgerung, sagt Mesovic. »Die deutsche Politik ist da einfach sehr engherzig.«

Fabienne Melzer

Seit 20 Jahren für Flüchtlinge im Einsatz

Der Förderverein Pro Asyl setzt sich seit 20 Jahren für Flüchtlinge in Deutschland ein. Der Verein unterstützt Flüchtlinge unter anderem bei Asylverfahren vor Gericht. Er begleitet einzelne Verfahren auch bis zum Bundesverfassungsgericht. Pro Asyl mischt sich ebenfalls in die politische Debatte ein. Der Verein erstellt juristische Gutachten, Analysen und Expertisen und arbeitet europaweit mit anderen Hilfsorganisationen zusammen. Informationen über aktuelle Aktionen gibt es im Internet: www.proasyl.de

► Die Serie »Menschenrechte« will dazu beitragen, dass die Menschenrechte nicht in Vergessenheit geraten. ◀



»In die N

Gegen den Widerstand der Geschäftsleitung haben sich die Beschäftigten beim Verpackungshersteller Fagerdala in Ohrdruf, Thüringen, erstmals einen Betriebsrat gewählt. Nun will der Betriebsrat die Mehrarbeit in Grenzen halten und beim Arbeits- und Gesundheitsschutz ein Wörtchen mitreden.

Fagerdala:
Verpackungen für die
Metallindustrie



Foto: Gordon Schmidt

Von links nach rechts: Bernd Leppelt, Hans-Dieter Schiller, Sven Friebe, Fred Kempe, Hans-Jürgen Lehm, Peer Donth, Jürgen Lehmann, Heike Kretschmer: »Seit acht Jahren keine Lohnerhöhung«

Wahlausschuss einigen konnten. Doch die Betriebsrats-Fraktion gab noch nicht auf – auch, weil sich die Eisenacher IG Metall mächtig ins Zeug legte. Christine Maurer, Eisenacher Sekretärin: »Die Kollegen wollten unbedingt einen Betriebsrat. Klar, dass wir sie beim Aufbau unterstützen.« Es hat sich gelohnt. Seit April gibt es sieben gewählte Betriebsratsmitglieder, drei von ihnen sind Metalller, der Vorsitzende bei der IG Bau. Bei der Wahl hatten 126 Beschäftigte ihr Kreuz auf die Liste der Initiative gesetzt; die gegnerische der Geschäftsleitung erhielt nur 14 Stimmen. Und jetzt? Es gibt viel zu tun. »Es darf nicht mehr vorkommen, dass Freitags um 16 Uhr spontan Mehrarbeit angeordnet wird«, sagt Betriebsratsmitglied Sven Friebe (30). »Wir haben jetzt die Möglichkeit, das zu regeln.« Oder der Arbeits- und Gesundheitsschutz: »Die Geschäfts-

leitung hat den Vertrag mit einer Sicherheitskraft aufgelöst«, sagt Hans-Dieter Schiller (49), »seitdem liegt der Gesundheitsschutz brach.« Auch ein Thema für den neuen Betriebsrat. Keine Frage, die neuen Betriebsratsmitglieder sind heiß. »Allein die Tatsache, dass wir da sind, wirkt sich schon aus«, spürt Jürgen Lehmann. Die Mehrarbeit habe schon abgenommen, ein befristet eingestellter Kollege sei übernommen worden. Auch eine Zusage für das Betriebsratszimmer liegt vor. »Es muss für die Beschäftigten leicht erreichbar sein«, sagt Lehmann. Das erste Raum-Angebot hat er abgelehnt. Es hätte den Betriebsrat gleich neben der Geschäftsleitung platziert. Die Chefs haben eingesehen, dass das nicht geht. Vorerst wird ein Raum im Parterre genutzt. Er ist hell und freundlich eingerichtet.

Draußen knallt die Sonne auf den Teich, das Fenster ist gekippt. »Oh«, sagt der Vorsitzende, ein vorsichtiger Mann, »hoffentlich hat niemand mitgehört.« Beim nächsten Treffen wird es wohl geschlossen sein. ◀

Fritz Arndt

ähe der Beschäftigten«

Der Teich am Eingang ruht still, am Ufer sprießt üppiges Schilf. Ein friedlicher Ort – gestört nur durch das Wummern aus der Fabrik. Das Stakkato stammt von den beiden Dampfkesseln. »Dampf benötigen wir«, sagt Peer Donth, »um die Kunststoffe heiß zu machen und zu verbinden.« Donth ist Metalller und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

Das schwedische Werk wurde 1998 auf der grünen Wiese aus dem Boden gestampft. Rund 200 Beschäftigte produzieren dort Verpackungen für die Metall- und Elektroindustrie. Aber bisher gab es keinen Betriebsrat. Die Geschäftsleitung, wird erzählt, wollte keine Arbeitnehmervertretung im Haus und habe alle Initiativen erstickt.

Kein Wunder, dass vieles im Argen liegt. Jürgen Lehmann, Betriebsratsvorsitzender:

»Seit acht Jahren gab es hier keine Lohnerhöhungen mehr.« So verdient eine Facharbeiterin in der »Konfektion« gerade mal 7,93 Euro in der Stunde, deutlich weniger als Tarif.

Immer weiter wurde die Schraube angezogen, Feuern und Heuern gepflegt. »Feste wurden entlassen, dafür Leiharbeiter beschäftigt«, berichtet Lehmann. Parallel wurden immer mehr Überstunden angesetzt – obwohl ohnehin die 40-Stundenwoche galt.

Klammheimlich aber formierte sich Widerstand. Aktivisten dachten über eine Arbeitnehmervertretung nach, trafen sich nach Feierabend und berieten ihre Strategie. Lehmann, der heutige Betriebsratsvorsitzende, stieß dazu, nachdem er seinen Rauswurf abgewehrt hatte. »Wir mussten immer darauf achten, dass die Geschäftsleitung nichts mitbekam«, schmunzelt er.

Die erste Betriebsversammlung ging schief. Produktionsleiter Lietzmann hatte die Leitung an sich gerissen und löste die Versammlung auf – nachdem sich die Versammelten nicht auf drei Mitglieder für einen





Foto: Cordula Giese

Jeden Tag ein neuer Kampf

Im vergangenen Jahr berichtete metall über vier Menschen und ihre Probleme mit Hartz IV. Arbeit hat keiner von ihnen gefunden. Nur der Kampf mit den Behörden geht für viele weiter.

Nur noch durchhalten

Die Freude währte nur kurz. Ende vergangenen Jahres feierte Joachim Krells Tochter ihren 18. Geburtstag. Für die zweiköpfige Familie auch finanziell ein kleiner Lichtblick. Vater und Tochter leben von Arbeitslosengeld II. Mit der Volljährigkeit der Schülerin erhöhte sich ihr Anspruch um gut 60 Euro. Kein Geld für große Sprünge, nur für ein bisschen mehr Luft im Hartz-IV-Alltag. Lange konnte sich die kleine Familie allerdings nicht freuen. Anfang des Jahres beschloss Arbeitsminister Müntefering, die Regelsätze für Menschen unter 25 Jahren zu kürzen. Seit Juli müssen die beiden Berliner wieder mit weniger Geld über die Runden kommen.

Die Hoffnung auf Arbeit hatte der Ingenieur schon vor einigen Jahren aufgegeben. Deshalb zögerte er auch nicht lange, als ihm das Arbeitsamt 2002 die sogenannte 58er-Regelung anbot. Danach verzichteten ältere Arbeitslose auf Vermittlungsleistungen, mussten sich dafür aber nicht mehr regelmäßig melden. Doch dann kam Hartz IV und riss ein tiefes Loch ins Budget der Fami-

lie Krell. Ihre Bezüge halbierten sich von einem Monat auf den anderen. Joachim Krell legte Widerspruch ein und zog vor Gericht. Seine Klage läuft noch. Er verspricht sich aber nichts mehr davon. Mehrere Klagen anderer Arbeitsloser wurden bereits abgewiesen. Nun hofft Krell (61), dass er noch vier Jahre mit Hartz IV durchhält. Ein vorzeitiger Ruhestand ist für ihn nicht drin. Seine lange Arbeitslosigkeit hat ihn schon zu viele Abschlüsse bei der Rente gekostet. »Wir müssen eben weiter jeden Cent dreimal umdrehen.«

Lage entspannt

Anfang des Jahres konnte Wolfgang Hennek (52) aufatmen. Ein Umzug droht dem Göttinger nicht mehr. Das Landessozialgericht hatte die Mietgrenzen angehoben. Lag Henneks Miete vor gut einem Jahr noch 90 Euro über der zulässigen Obergrenze, sind es jetzt nur noch 16 Euro, um die sein Mietzuschuss gekürzt wird. »Klar, das ist für mich auch viel Geld«, sagt Hennek. Aber ein Umzug würde nichts ändern. Weniger Miete würde er auch woanders kaum zahlen.

Müde vom Kampf

Wie lange kann ein Mensch von der Hand in den Mund leben? Horst Schnitter* versucht es seit eineinhalb Jahren. Anfang 2005 wurde sein Antrag auf Arbeitslosengeld II abgelehnt. Schnitter besitze zu viel Vermögen, urteilte die Behörde. Sie hatte den Acker des Nebenerwerbslandwirts als Bauland bewertet. Das solle er verkaufen und von dem Geld leben. Doch in den offiziellen Plänen der Gemeinde ist sein Acker kein Bauland. Schnitter klagte gegen den Bescheid. Seither lebt der gelernte Heizungsbauer von dem, was er anbaut.

Das Verfahren dauert an. Zurzeit pflückt seine Rechtsvertreterin vom DGB ein Gutachten auseinander, das das Gericht extra erstellen ließ. Schnitter versteht die Welt nicht mehr. »Wozu der ganze Aufwand?«, fragt er. Nach eineinhalb Jahren Rechtsstreit klingt der 51-Jährige müde. Lange, fürchtet er, wird er nicht mehr so weiterleben können.

* Name geändert

Friedhelm Sonntag aus Göttingen:
»Die Gesetze ändern sich alle Nase lang.«

Joachim Krell mit seiner Tochter: »Wir drehen jeden Cent dreimal rum«

Gegen die Zeit

Vielleicht hätte er gewonnen – Friedhelm Sonntag weiß es nicht. Die Zeit arbeitete gegen ihn. »Eine Klage hätte sich über ein Jahr und länger hinziehen können. Das hätte ich nicht durch gestanden – ganz ohne einen Pfennig«, sagt der 47-Jährige. Anfang 2005 hatte der Landkreis Göttingen seinen Antrag auf Arbeitslosengeld II abgelehnt. Sonntag lebt im Haus seiner Eltern. Deshalb unterstellte die Behörde, dass er von ihnen unterstützt wird. Eine Erklärung seiner Eltern reichte nicht. Die Behörde verlangte, dass sie ihr Einkommen und Vermögen offen legen.

Sonntag hätte dagegen klagen können. Doch finanziell wurde es für ihn langsam eng. »Ich hatte bereits fünf Monate kein Geld mehr bekommen«, sagt Sonntag. Seine Eltern reichten ihre Unterlagen schließlich ein und die Behörde bewilligte sein Arbeitslosengeld II. Das Einkommen seiner Eltern war viel zu gering. Zur Ruhe kommt Sonntag aber nicht. »Die Gesetze werden ja alle Nase lang geändert.« Mal will die Regierung Vermögensfreibeträge kürzen, mal Übergangsgelder und Rentenbeiträge streichen. Da weiß niemand, was noch auf ihn zu kommt. »Natürlich versuche ich alles, um aus dieser Misere herauszukommen«, sagt der gelernte Karosseriebauer. Aber es ist nicht leicht. Sonntag ist schwerbehindert. Jahrelange körperliche Arbeit hat seinen Rücken ruiniert. Er bewirbt sich auf alles. Ob als Pförtner oder Kurierfahrer, ihm ist jede Arbeit recht. Doch wie Sonntag geht es vielen. Als vor zwei Jahren ein Krankenhaus einen Pförtner suchte, bewarben sich mit ihm dort fast 800 Menschen. Sonntag bekam die Stelle nicht. ◀

Fabienne Melzer



Foto: Jürgen Siegmund

FAULENZER UND BRANDSTIFTER

Eine Hetzwelle gegen Erwerbslose rauscht durchs Land. Sie soll den Boden für neue Niedriglohnbereiche ebnen.

Arbeitgeber verlagern, entlassen und stopfen den Aktionären die Taschen voll, statt zu investieren. Aber wie ein Flächenbrand rast die Empörung über »faule« Arbeitslose (»Bild«) und »Arbeitsunwillige« (Focus) durchs Land. Und wer zündelt?

»In Deutschland bekommt man als Arbeitsfähiger eine Grundsicherung und kann den ganzen Tag im Bett liegen bleiben«, verbreitete etwa CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder. Und Kanzlerin Merkel drohte: »Wer arbeitet, muss mehr haben als wenn er nicht arbeitet. Wo das nicht mehr gewährleistet ist, da muss auch Hartz IV geändert werden.« Ach.

Ist die blasse Kanzlerin ahnungslos? Fest steht, dass Hartz IV die Existenz Hunderttausender bedroht. Sage und schreibe 17 Prozent aller Bezieher der früheren Arbeitslosenhilfe erhalten heute gar keine Stütze mehr. Zwischen 53 Prozent (erwerbsloser Partner) und 90 Prozent (vollzeitbeschäftigte Partner) weniger als zuvor. Selbst wer

das volle Arbeitslosengeld II erhält, 345 Euro monatlich, hat am Monatsende wenig zu beißen. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) verlangt daher, den Regelsatz »kurzfristig« um 20 Prozent auf 415 Euro anzuheben. Denn die 345 Euro reichten nicht aus, »um Armut zu verhindern«. Von wegen Hängematte. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) rechnet übrigens für dieses Jahr mit einem Überschuss von 4,5 Milliarden Euro. Das aber interessiert die Brandstifter nicht.

Nein, zum Faulenzen taugen die dünnen Sätze nicht. Nach Berechnungen des DPWV stellt selbst ein um 20 Prozent höheres Arbeitslosengeld II Erwerbslose deutlich schlechter als Erwerbstätige – außer ostdeutsche Ehepaare mit drei und ostdeutsche Alleinerziehender mit zwei Kindern. Und was kalauert Chefredakteur und Gewerkschaftshasser Hans-Ulrich Jörges im »Stern«? »Statt Arbeit unter al-

len Umständen zu erzwingen, eröffnete Hartz den Weg zu einem gesellschaftlichen Grundeinkommen, das Arbeit verböhnt und Nichtstun belohnt.«

Verkehrte Welt.

Ja, ja, die Kosten für das Arbeitslosengeld II werden 2006 um zwei Milliarden Euro höher liegen als veranschlagt. Aber nicht, weil Erwerbslose zu bequem sind, sondern die Bundesregierung sich verrechnet hat. Statt veranschlagter 3,45 Millionen beziehen jetzt fünf Millionen Arbeitslosengeld II. Hartz IV habe »eine erhebliche Dunkelziffer unter den Armen sichtbar gemacht«, fand der DGB heraus.

Und: Das niedrige Lohnniveau zwingt derzeit eine Million Erwerbstätige, ihre Kasse mit Arbeitslosengeld II aufzubessern. Für die Arbeitgeber der reine Segen: Sie könnten die Löhne »immer weiter« absenken, und sicher sein, »dass der Staat

die Ausfallbürgschaft übernimmt«, so Claudia Weinkopf, Forschungsdirektorin am Institut für Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen.

»Arbeitgeber senken die Löhne – der Staat übernimmt die Ausfallbürgschaft«

Aber das reicht gefräßigen Arbeitgebern nicht. Alexander Gunkel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), regt daher die »Senkung des Regelsatzes« an – »sinnvoll, um die Beschäftigung im Niedriglohnbereich zu erhöhen«. Es müsse »selbstverständlich« sein, drängt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), »Jobs zu Stundenlöhnen von zum Beispiel drei oder vier Euro anzunehmen«. Ach, was. Thomas Kallay, Erster Vorsitzender des Sozialen Netzwerks »Arca« (Eschwege), hat währenddessen »Stern«-Chef Jörges aufgefordert, seinen »Blödsinn« öffentlich zurückzunehmen. Der Erwerbslose, der selbst monatlich 675 Euro Arbeitslosengeld II zur Verfügung hat und damit eine dreiköpfige Familie durchbringen muss, will Jörges andernfalls wegen Volksverhetzung anzeigen. ◀

Kommentar von Fritz Arndt



Adidas

»WIR HABEN DIE GEWINNE ERWIRTSCHAFTET«

Der Adidas-Zulieferer Hermosa in El Salvador hat alle Näherinnen gefeuert. Grund: Sie hatten eine Betriebsgewerkschaft gegründet. metall sprach mit der gekündigten Kollegin Estella Ramirez.



Foto: Jürgen Seidel

Ramirez: »Täglich bis zu 20 Stunden arbeiten«

metall: Adidas hat im vergangenen Jahr die höchsten Nettoprofit seiner Geschichte eingefahren. Wie findest Du das?

Estella Ramirez: Das macht mich wütend. Wir Arbeiterinnen sind es doch, die diese Gewinne erwirtschaftet haben. Adidas verdient so viel Geld, und hat es nicht einmal nötig, Verantwortung für uns zu übernehmen.

metall: Wurdet Ihr schlecht behandelt?

Ramirez: Als ich 2000 bei Hermosa anfang, mussten wir zu Stoßzeiten zwischen 14 und 20 Stunden täglich arbeiten, ohne Pausen und meist ohne Zeit zum Essen ...

metall: ... 20 Stunden ohne Essen?

Ramirez: Ja, essen durften wir nur manchmal etwas – am Arbeitsplatz. Aber wegen des Arbeitsdrucks hatten wir dann höchsten zehn Minuten Zeit. Die Kantine lag übrigens außerhalb des Betriebs und war meist verschlossen, und die Pförtner ließen uns nicht raus.

Schwangere, die den Druck nicht mehr aushielten, wurden entlassen. Es war nicht einmal erlaubt, zur Krankenstation zu gehen, wir hatten uns an der Produktionslinie aufzuhalten

metall: Hat Hermosa wenigstens gut bezahlt?

Ramirez: Damals lag der Lohn noch bei 75 Dollar für 14 Tage, das reicht nicht zum Leben. Es gab oft nichts zu essen, und die Kinder konnten nicht zur Schule gehen. Trotzdem war das noch die bessere Zeit. Denn ab 2004 wurde der ohnehin schon niedrige Lohn weiter gekürzt, Überstunden gar nicht mehr gezahlt. Stattdessen wurden wir verpflichtet, auch samstags und sonntags zu arbeiten.

metall: Habt Ihr euch nicht gewehrt?

Ramirez: Sobald Gerüchte jemand in die Nähe von Gewerkschaften rückten, wurde der Betroffene sofort entlassen. Der Druck wurde immer stärker, selbst nachts mussten wir arbeiten. Einmal, es war der 29. April 2004, mussten wir einen ganzen Tag und eine ganze Nacht hindurch arbeiten, bis zum Folgetag um 15 Uhr. Wer sich weigerte oder dem Druck nicht gewachsen war, musste gehen.

metall: Gab es Kontrollen von Auftraggebern?

Ramirez: Ausländische Besucher durften nur mit ausgewählten Arbeiterinnen reden. Die erhielten Prämien dafür, dass sie nur Positives berichteten.

metall: Konntet Ihr die Auftraggeber nicht selbst informieren?

Ramirez: Partnerorganisationen der Christlichen Initiative Romero haben die Arbeitsbedingungen bei Hermosa schon 2000 untersucht und Adidas über die Missstände informiert. Die haben dennoch nicht reagiert. Ich glaube, die spielen nur mit uns.

metall: Wieso?

Ramirez: Am 20. Januar haben Hermosa und Adidas beschlossen, die Maschinen in der Fabrik zu verkaufen und mit dem Erlös uns Arbeiterinnen zu entschädigen. Fünf Tage später wurde neu verhandelt und beschlossen, dass wir nichts kriegen.

metall: Was steht euch zu?

Ramirez: Wir wollen, dass die gefeuerten Arbeiterinnen in anderen Betrieben weiterbeschäftigt werden. Derzeit stehen sie auf einer schwarzen Liste und erhalten keine Anstellung. Außerdem warten wir seit 2003 auf unser Geld, zudem auch auf die Löhne nach unserem Rauswurf 2005. Laut Gesetz dürfen Gewerkschafter nämlich nicht entlassen werden. Wir klagen vor dem Arbeitsgericht. ◀

Fritz Arndt

ZULIEFERER: ARBEITNEHMERRECHTE IM ABSEITS

Pünktlich zur Fußball-Weltmeisterschaft hat die Internationale Hilfsorganisation Oxfam einen Bericht über Zulieferer der Sportartikel-industrie in Asien vorgestellt.

Über ein Jahr lang hat Oxfam die Arbeitsbedingungen der Zulieferer zwölf großer Sportartikel-Hersteller gecheckt. Der Abschlussbericht (»Abseits! Arbeitnehmerrechte und die Herstellung von Sportbekleidung in Asien«) erhält wenig Erfreuliches. Jörn Kalinski, Oxfam: »Viele Arbeiterinnen

und Arbeiter in der Sportbekleidungsindustrie müssen mit Einschüchterungen, Gewalt und Entlassung rechnen, wenn sie versuchen, gewerkschaftlich tätig zu werden.« Am schlechtesten schneidet Fila ab. Die Firma soll Diskriminierungen von Gewerkschaftern bei ihren Zulieferern tolerieren und jegliche Verantwortung ablehnen.

Auch der Adidas-Zulieferer »Panarub« in der indonesischen Hauptstadt Jakarta soll zugelassen haben, dass 30 Beschäftigten gekün-

digt wurde – nachdem sie an einem Streik teilgenommen hatten. Für Oxfam signalisiert Adidas damit, dass »Diskriminierung von Gewerkschaftsmitgliedern akzeptabel ist«.

Laut Oxfam hat sich der Hersteller Reebok bisher noch am meisten für Arbeitnehmerrechte in Asien eingesetzt. Insgesamt bliebe das Verhalten der Industrie jedoch inkonsequent. Das Recht der Beschäftigten auf gewerkschaftliche Betätigung sei seit 1998 von 52 auf 38 Prozent gesunken. ◀



Fußball-Fieber auch am Arbeitsplatz

Von Gewinnern und Verlierern



Fußball-Fieber im Stadion und am Arbeitsplatz: »Wenn es um Beschäftigte als Fans ging, lief es recht problemlos«

Ein Recht auf Fußball gibt es nicht. Da mussten die Mitarbeiter der WM-Hotline des DGB den Anrufer enttäuschen.

Der Mann wollte wissen, ob Arbeitgeber verpflichtet seien, einen Fernseher zur Verfügung zu stellen. Auch wenn sich viele eine Fernsehpflicht am Arbeitsplatz in den letzten Wochen sicher wünschten – es gibt sie nicht. Doch beim Thema Fußball mussten Arbeitgeber auch nicht immer in die Pflicht genommen werden. Viele einigten sich schon vorab mit ihren Beschäftigten. Einige

Betriebe organisierten ihr Schichtsystem um, damit Fußballfans pünktlich zum Anpfiff zu Hause sein konnten. In manchen Firmen wurden zu den Spielen der deutschen Mannschaft die Bänder angehalten. Wenn es um Beschäftigte als Fans ging, lief es in den Betrieben insgesamt recht problemlos, sagt Volker Roßocha vom DGB in Berlin. Anders sehe es bei denjenigen aus, die rund um die WM arbeiten mussten. »Da wird es sicher eher zu Konflikten kommen, etwa bei Arbeitszeiten, kurzfristigen Einsät-

zen oder bei der Bezahlung.« Daneben lag offenbar der Einzelhandel mit seinen Rund-um-die-Uhr-Öffnungszeiten. In Berlin, berichtet Roßocha, machten einige Läden schon nach wenigen WM-Tagen einen Rückzieher und verkürzten ihre Öffnungszeiten wieder. »Die Leute kamen einfach nicht in die Geschäfte.« Offenbar drängte es angesichts bunter Partys nur wenige zu einem nächtlichen Einkaufsbummel. Zu den Verlierern der WM gehören die Arbeitslosen. Zwar hatte der Deutsche Fußballbund (DFB) vor der WM erklärt, Arbeitslose ausschließlich in be-

tragspflichtige Jobs zu vermitteln, sagt Martin Behrsing vom Erwerbslosenforum Deutschland, doch diese Zusage hielt nicht lange. Laut Erwerbslosenforum wurden in mehreren Städten rund um die WM auch Ein-Euro-Jobber eingesetzt.

Sie arbeiteten in der Touristenbegleitung, bei der Stadtreinigung und als Fahrgastbegleiter. Für Martin Behrsing heißt das: »Arbeitslose werden von diesem Riesengeschäft einfach ausgeschlossen.«

Fabienne Melzer

Weltmeisterschaft – kurz und knapp

► **Rote Karte für Adidas:** Zum neuen Ausbildungsjahr haben die Grünen die Ausbildungsmoral der DAX-Unternehmen ins Visier genommen. Besonders schlecht schneide WM-Sponsor Adidas ab. Mit einer Auszubildendenquote von nur zwei Prozent sei der Sportartikelhersteller Schlusslicht unter den DAX-Unternehmen.

► **»Abpiff« in Hochform:** Über eine gelungene Kampagne freuen sich die Initiatorinnen von »Abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution«. Sie wollten rund um die WM für das Thema Zwangsprostitution sensibilisieren. Bis Anfang Juni unterschrieben 35 000 Menschen die Forderungen der Kampagne. Nie zuvor sei das Thema in der Öffentlichkeit so breit diskutiert wurden.

► **Coca-Cola wehrt sich gegen Boykott:** Die Organisatoren der Kampagne »Killer Coke« werfen dem WM-Sponsor Coca-Cola Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien vor. Der Getränkehersteller will die Vorwürfe entkräften. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) soll die Angelegenheit untersuchen.

► **WM am Arbeitsplatz:** Laut einer Online-Umfrage des Portals monster.de können deutsche Arbeitnehmer die Fußball-WM seltener an ihrem Arbeitsplatz verfolgen als ihre Kollegen in anderen europäischen Ländern. In Deutschland gab nur jeder Dritte an, Fußball am Arbeitsplatz zu schauen. In anderen europäischen Ländern lag der Anteil teilweise bei fast 80 Prozent.



Zukunft der Bahnindustrie

Die Bahn kommt – aufs Abstellgleis

Immer weniger Geld vom Bund für den Öffentlichen Nahverkehr: Das bedeutet weniger Züge oder höhere Fahrpreise und damit vermutlich weniger Kunden. Auf der Strecke bleiben die Jobs der Bahnindustrie. Denn wenn die Bahn auf dem Abstellgleis steht, gibt es weniger Aufträge, weniger Arbeit und damit auch weniger Arbeitsplätze

**Der ICE in voller Fahrt:
»Die öffentliche Hand ist
eindeutig in der Pflicht«**



Fotos: HKurt Fuchs

Eine jahrelange Auftragsflaute im Inland macht der Bahnindustrie zu schaffen. Wegen des schwachen Inlandsgeschäfts musste die Branche 2004 einen Umsatzrückgang von 26 Prozent auf 6,7 Milliarden Euro verkraften, führt der Verband der Bahnindustrie (VDB) an. Insbesondere die großen Schienenfahrzeughersteller wie Bombardier und Siemens Verkehrstechnik (über)leben durch ihr Auslandsgeschäft.

Verschärft wird die Lage durch neue verkehrspolitische Weichenstellungen der Bundesregierung. Nach monatelangem Ringen haben die Länder jetzt zugestimmt, dass der Bund die Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr bis 2009 um 1,8 Milliarden Euro kürzt. Geplant war die Streichung der Regionalisierungsmittel um 3,3 Milliarden. »Die Kürzungen werden sich negativ auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auswirken und könnten zu Verlusten von bis zu 10 000 Arbeitsplätzen führen«, warnt Claus Matecki, Vorstand beim DGB. Und Holger Lo-

rek, Branchenexperte vom IG Metall-Zweigbüro Düsseldorf, befürchtet eine Kettenreaktion: »Die Bahn verliert als Verkehrsmittel hinter den Konkurrenten Auto und Flugzeug weiter an Boden.« Die IG Metall sieht die Öffentliche Hand »eindeutig in der Pflicht«, eine Leitfunktion für die Entwicklung der Bahnbranche zu übernehmen. Seit die Länder mit der Bahnreform 1994 für den Öffentlichen Nahverkehr zuständig sind, erhalten sie Regionalisierungsmittel vom Bund, um bei Verkehrsunternehmen Nahverkehrsleistungen zu bestellen.

2006 wären 7,1 Milliarden geflossen, jährliche Steigerungen waren vorgesehen. Die Länder hätten bis einschließlich 2009 vom Bund 29 Milliarden Euro erhalten. Dieser Betrag wird nun um 1,8 Milliarden gekürzt. Da-

mit erhalten die Länder keinen Ausgleich für höhere Lohn- und Energiekosten. Aber irgendwoher muss das Geld kommen. Also fahren entweder weniger Züge, oder die Verkehrsunternehmen erhöhen die Fahrpreise.

»Die Politik muss die Frage beantworten, welchen Schienenverkehr der Zukunft sie möchte.«

Erklärung der IG Metall und der Gewerkschaft Transnet

Das ist in jedem Fall schlecht für Bahnkunden. Weniger Kunden bedeuten weniger Triebwagen und Waggons. Und das bedeutet für die Bahnindustrie noch weniger Aufträge, weniger Arbeit und weniger Arbeitsplätze. Für die Hersteller von Schienenwegen, Waggons, Schienenbussen, Lokomotiven und Signaltechnik ist das doppelt bitter, weil auch die Deutsche Bahn als wichtigster Auftraggeber in den zurückliegenden Jahren immer weni-

ger geordert hat. »Bombardier Transportation baut für die Deutsche Bahn 24 Doppelstockwagen mit einem Wert von 31 Millionen Euro« – solche Meldungen haben heutzutage fast Sensationswert. Beobachter führen das auf den angestrebten Börsengang der Bahn AG zurück, der eine restriktive Ausgabenpolitik bei der Anschaffung und Wartung von Zügen und Technik verursacht. Entsprechend sehen die IG Metall und die Gewerkschaft Transnet keinen Vorteil darin, dass die Politik den Börsengang der Bahn und eine Privatisierung des Verkehrswesens unterstützt. »Die Politik muss die Frage beantworten, welchen Schienenverkehr der Zukunft sie möchte«, lautet eine gemeinsamen Erklärung.

Ein Börsengang könne nur unter bestimmten Bedingungen erfolgen: Der Bund muss seine grundgesetzliche Verpflichtung einhalten, wonach der Bahnverkehr der Daseinsvorsorge dienen muss. Eine Mindestverkehrsversorgung muss gewährleistet werden. Der Börsengang darf kein Vorwand sein für weitere Privatisierungen – etwa der Schieneninfrastruktur. Eine Trennung von Schiene und Bahn kommt also nicht in Frage.

Das gleiche gilt für die Arbeitsplätze, deren weiteren Abbau IG Metall und Transnet ablehnen. Außerdem müsse die Politik ein klares Bekenntnis abgeben, den Schienenverkehr weiter zu entwickeln. Dazu muss der Bund den sporadischen Fluss der Mittel für Investitionen auf hohem Niveau für mindestens zehn Jahre verstetigen, fordern die Gewerkschaften.

Davon hängt viel ab in einer Branche, die alles in allem 150 000 Menschen beschäftigt und ihre Produktion zwei bis drei Jahre im Voraus planen muss. Darüber hinaus erwartet die Branche von der Politik Unterstützung bei der Forschung und Entwicklung, ergab eine repräsentative Umfrage der Unternehmensberatung SCI Verkehr. »Die Bahnindustrie ist eine mittelständisch geprägte High-Tech-Branche. Viele Unternehmen sind nach wie vor weltweit Technologieführer und wollen ihre Position im internationalen Wettbewerb verteidigen«, erläutert Lars Neumann von SCI Verkehr. Diese Spitzentechnologie müsse im eigenen Land gezielt gefördert und konse-



Ein Schweißer im Bombardier-Werk Bautzen: »Von der Politik allein gelassen«

quenterweise dann auch nachgefragt werden. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hat angekündigt, in der laufenden Legislaturperiode elf Milliarden Euro Bundesmittel in Verkehrsprojekte zu investieren.

Jährlich. 2006 soll demnach die »Straße« den Löwenanteil erhalten. Wie es aussieht, fährt das Auto der Bahn wieder davon. Nicht gut – langfristig gesehen. ◀

Marlis Dahne

Interview

»KEINE LÄNGERFRISTIGEN AUFTRÄGE MEHR«

metall sprach mit Michael Wobst, Betriebsratsvorsitzender bei Bombardier im Brandenburger Werk Henningsdorf

metall: Ihr habt einen Standortsicherungs-Tarifvertrag und Kündigungsschutz bis 2009, also wenig Sorgen wegen der Krise der Bahnindustrie?

Wobst: Schön wär's. Die Lage ist im Moment entspannt, bleibt aber kritisch. Wegen der unsicheren Prognosen zur Auslastung wird ab 2007 jährlich überprüft, ob die Vereinbarung so stehen bleiben kann.



metall: Was ist das größte Problem?

Wobst: Dass es in der Branche insgesamt keine längerfristigen Aufträge mehr gibt. Die Beschäftigten merken, wie abhängig ihre Existenz von einem einzigen Auftrag ist. Auch die Deutsche Bahn ordert, wenn überhaupt, nur noch kleine Losgrößen. Kleinserien sind Trumpf. Das ist Gift für die großen Betriebe. Kleinanbieter sind heute besser dran.

metall: Woran liegt das?

Wobst: In den Neunziger Jahren hatte die Bahn AG als Monopolist Riesenaufträge zu vergeben, weil sie sicher sein konnte, ihre Züge auch in Zukunft zu betreiben. Die Pri-

vatisierungstendenz führt dazu, dass die Bahn AG und auch die neuen privaten Betreiber nur noch kurzfristig planen können.

metall: Was kann man dagegen tun?

Wobst: Die Politik kann natürlich nicht alles richten, aber wir IG Metaller müssen schon auf die Politiker einwirken. Wir brauchen eine breite Allianz, die mehr und stetige Investitionen in den Schienenverkehr vorantreibt. Die Bahnindustrie ist ja wie keine andere in Ostdeutschland angesiedelt und verwurzelt. Wer es ehrlich meint mit dem Aufbau Ost, muss sich also dieser Branche besonders annehmen. ◀

Vornehmlich kapitalkräftige ausländische Sponsoren

metall 6/2006: Marktmacht
Fifa und die Fußball-WM

► Besonders skandalös ist, dass vornehmlich kapitalkräftige ausländische Sponsoren, allen voran die Monopolisten Coca-Cola und die US-amerikanische Großbrauerei Anheuser-Busch, die ohne jeden Skrupel, über ihre einflussreichen Lobbyisten, diverse politische Entscheidungsträger in Deutschland korrumpiert haben müssen, um eine die Sicherheit in den Fußballstadien gefährdende unein-



Fotopicturealliance / dpa / Hervio

Nationalspieler Lukas Podolski:
»Für die WM aufgerüstet«

geschränkte Schankerlaubnis, auch für alkoholische Getränke, erhalten haben.

Heinz Lauter, Frankfurt am Main

► Seitdem die WM 2006 der BRD zugeschlagen oder aufgezungen wurde, wird bei uns »aufgerüstet und mobilgemacht«, als stände der Dritte Weltkrieg vor der Tür. Haben wir denn bei der jetzigen, wirklich schlechten wirtschaftlichen Lage in unserem Land tatsächlich keine anderen Sorgen als das Abzocken durch die Fifa mit einem Obermafiosi Jo Blatter widerstandslos hinzunehmen?

Heinz R. Liebe, Göppingen

Verteidigen und ausbauen

metall 6/2006:
Tarifvertrag M+E

► Ich bin 77 Jahre alt und habe über 46 Jahre gearbeitet, davon 32 Jahre in Tag- und Nachtschicht. 1943 kam ich nach acht Jahren Volksschule in die Lehre. Schlosser. Was heute selbstverständlich mit dem Auto transportiert wird, haben wir mit der Ziehkarre transportiert. Das kann sich heute keiner mehr vorstellen. Ich betone das, weil es haben technische, wissenschaftliche Revolutionen stattgefunden. Auch in den Produktionsabläufen und in den Verwaltungen, auch im Handwerk. Wir haben große Arbeitskämpfe und Streiks geführt, für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für Arbeitszeitverkürzung, für Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt. Das haben wir Euch vererbt! Das müsst Ihr verteidigen und ausbauen. Die Erfahrung von uns Alten: In Verhandlungen haben Arbeitgeber und Regierungen nie etwas begriffen. Unsere Erfolge mussten wir immer erkämpfen.

Paul Hafemeister, Duisburg

Regionale Vertreibungen

metall 5/2006: Zwangsumzüge und klassische Gewerkschaftsarbeit

► Klassische Gewerkschaftsarbeit ist gut und wichtig, reicht aber in diesen Zeiten angesichts der gesetzlich festgezurrtten Machtverhältnisse nicht mehr aus, wenn es um seit Jahren öffentlich geduldete, unzweifelhafte Altersdiskriminierung der 50-Jährigen bis 65-Jährigen in diesem Land geht und jetzt auch noch gesetzlich angeordnete Zwangsumzüge für Hunderttausende von Menschen in Sozialarmut und Altersarmut folgen, die in Wahrheit regelrechte regionale Vertreibungen sind.

Gerda Fürch, Berlin

E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.
Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.
Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Peter Pagel
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: pagel@zweiplus.de

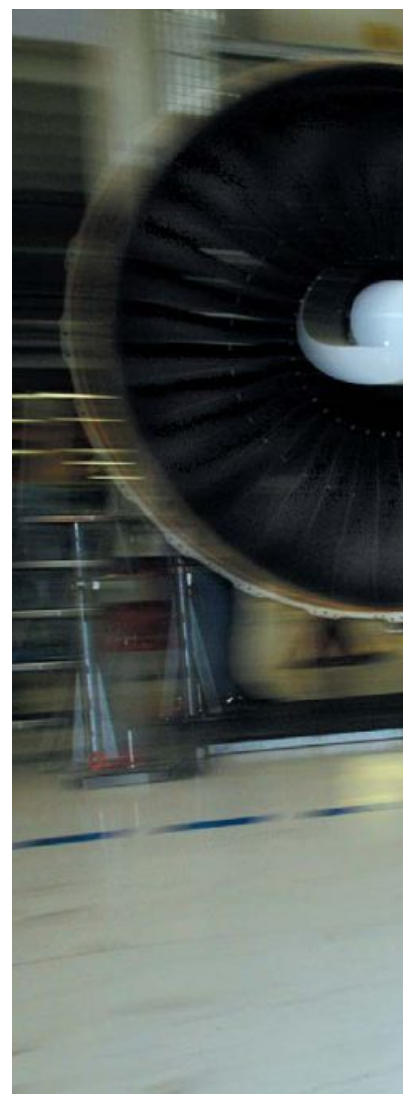
Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de



Rolf Rabe ist Nationaltorwart der deutschen Nationalmannschaft im Sledge-Eishockey. Bei den Paralympics in Turin schlidderte das Team knapp an Bronze vorbei. Der Metaller wurde dabei zum besten Puckgetter des Turniers ausgezeichnet.



Foto: Foto: Walter Schmidt

Schwerbehinderten-Vertrauensmann Rolf Rabe: »als Controller zwischen Technik und Planung«

mann der IG Metall und in der SPD als Gemeinderat. Besonders stolz ist Rabe auf sein Hobby. Er ist Stammtorwart bei den Hannover Scorpions und zum sechsten Mal in Folge Deutscher Meister. Die Leidenschaft geht mit ihm durch, wenn er über den Sport erzählt. Seine kurzen, präzisen Sätze flitzen wie ein Puck über das Eis. Die behinderten Spieler gleiten auf Kufenschlitten blitzschnell über die Spielfläche. Spikes an den Enden der zwei 85 bis 100 Zentimeter langen Schläger treiben sie voran. Vor 30 Jahren wurde diese Sportart in Schweden entwickelt. 1996 gründete sich die erste deutsche Mannschaft in Hannover. Seitdem spielen rund 60 Mann in fünf deutschen Vereinen. Rabe trainiert jeden Freitag von 23 bis ein Uhr in der Mellendorfer Eishalle.

Im Mai wurde Rolf Rabe in ein dem Vorstand angegliedertes Beratergremium des Deutschen Olympischen Behindertensportbunds gewählt. Dort sitzt er neben Richard von Weizsäcker, Rosi Mittermaier und Heike Drechsler: »Sport bietet eine große Chance für die Gleichstellung.« In der Arbeitswelt dagegen gibt es noch viel zu tun. Trotz guten Willens fehlt der Blickwinkel für die speziellen Probleme von Behinderten. Rabe gehört zum Leiterteam des Arbeitskreises Schwerbehinderte der IG Metall Hannover. »Selbst manche Betriebsräte betrachten die Schwerbehinderten noch als Anhängsel.« Er selbst versucht, an allen Betriebsratsitzungen teilzunehmen, pflegt einen kurzen Draht zum Personalchef und setzt sich für sichere und ergonomische Arbeitsplätze für seine Leute ein. Bei MTU sind 25 der 1200 Beschäftigten schwerbehindert.

Auch MTU kauft sich wie viele Firmen von der Behinderten-Quote frei, die pro fehlendem Platz zwischen 200 und 500 Euro liegt und steuerlich absetzbar ist. Zusätzlich nutzt die Geschäftsleitung die Mehrplatzanrechnung. »Ein behinderter Azubi zählt zum Beispiel dreifach«, stellt Rabe fest und räumt ein: »Oft fehlen aber auch potenzielle Bewerber mit der geforderten Qualifikation.« Rabe hat durchgesetzt, dass alle Bewerbungen auf seinem Tisch landen und nicht nur die »rausgefilterten« wie es das Sozialgesetzbuch vorsieht. Ein kleiner Erfolg: Dieses Jahr startet zum Beispiel erstmals ein achtzehnjähriger Beinamputierter eine Ausbildung als Triebwerksmechaniker. ◀

Zu Besuch bei

Rolf Rabe

metall-Mitarbeiterin Annette Vogelsang traf den Vertrauensmann für Schwerbehinderte

Fast schwerelos drückt sich Rolf Rabe mit seinen durchtrainierten Armen aus dem Rolli auf den Stuhl, um auf Augenhöhe mit seinem Gegenüber zu sprechen. Als 20-Jähriger brach er sich bei einem Motorrad-Unfall die Wirbelsäule – und hatte Glück im Unglück: Ab dem dritten Lendenwirbel ist er querschnittsgelähmt, doch der Oberkörper blieb beweglich. Sein Leben verlief relativ alltäglich, berichtet der 47-Jährige selbstbewusst: »Morgens in den Rollstuhl ist wie Schuhe anziehen.«

Das war im Sommer 1979 anders. Nie hätte er geglaubt, dass das Leben wieder lebenswert sein könnte. Seine damals 17-jährige Freundin Angelika hat ihn durch al-

le Phasen des Verzweifels, des Sarkasmus und des Selbstmitleids begleitet. Mit neuem Mut startete er sein »zweites Leben«. 1982 heiratete er seine Angelika und machte eine Umschulung zum Maschinenbautechniker. 1984 bekam er durch Zufall einen Job bei MTU Maintenance. »Die Personalreferentin hat bei meiner Bewerbung die Behinderung überlesen«, schmunzelt Rabe.

Die ausgeschriebene Stelle als Steuerer konnte er aus sicherheitstechnischen Gründen nicht bekommen, aber im Büro war etwas frei. Seitdem verwaltet der dreifache Vater als Controller zwischen Technik und Planung die Stücklisten für die Einzelteile der Triebwerke. Neben dem Job engagiert er sich als Schwerbehinderten-Vertrauens-



Herzinfarkt

Jeden kann es treffen

Kommt ein Herzinfarkt plötzlich und unerwartet? Nein, sagen immer mehr Mediziner. Risiken wie Rauchen, Bewegungsmangel und Stress sind bekannt. Schnelles Handeln im Ernstfall oder gar die Chance zur Vorbeugung – auch am Arbeitsplatz – nehmen sich jedoch nur Wenige zu Herzen.

Fast 300 000 Menschen erleiden in Deutschland jährlich einen Herzinfarkt. Rund 170 000 Menschen sterben – trotz medizinischer Fortschritte – jedes Jahr an den Folgen. Die Zahlen sind alarmierend. Doch die meisten Menschen nehmen eigene Symptome meist erst ernst, wenn sie selbst oder Bekannte von einem Infarkt betroffen sind. Dabei sind die Risiken gut

erforscht und in den wesentlichen Bereichen durch Prävention beeinflussbar.

Risikofaktoren

Es gibt Risikofaktoren, auf die der Mensch keinen Einfluss hat. Dazu gehören das Lebensalter, das Geschlecht und die jeweiligen Erbfaktoren. So verdoppelt beispielsweise der Herzinfarkt des eigenen Vaters das

Risiko selbst einen Infarkt zu erleiden. Diese nicht beeinflussbaren Risikofaktoren gewinnen im Einzelfall aber erst durch eine herzscheidende Lebensweise an Bedeutung. Somit ist nur der kleinere Teil des gesamten Risikos vererbt. Der Löwenanteil des Risikos liegt im persönlichen Lebensstil. Rauchen, Bewegungsmangel und Stress prägen diesen Lebenswandel immer mehr. Hinzu kommen

Risiken wie Übergewicht, erhöhte Blutfettwerte und Diabetes durch schlechte Ernährung.

Rauchen ist Hauptrisikofaktor

Raucher haben ein vierfach höheres Risiko einen Herzinfarkt zu erleiden als Nichtraucher. Aber auch das Passivrauchen stellt eine große Gefährdung da. Etwa zwei Stunden Passivrauchen entspricht der Schadstoffmenge einer selbstgerauchten Zigarette. Dabei geht die Gefahr nicht vom Nikotin aus, sondern von zahlreichen anderen Substanzen, die die Blutgefäße verengen und somit die Sauerstoffzufuhr zum Herzen vermindern. Durch eine anhaltende Verringerung der Durchblutung des Herzmuskels kommt es in einem Teil des Herzmuskels zum Absterben von Herzmuskelzellen. Die Folge: ein akuter Herzinfarkt.

Infarkt bei Frauen

Der Herzinfarkt ist längst keine reine Männersache mehr. Die Zahl der Infarkte bei Männern ist zwar höher, aber die Überlebensrate ist deutlich besser als bei Frauen.

Nur 36 Prozent der Frauen, die einen Herzinfarkt erleiden, überleben diesen. Dagegen liegt die Überlebensrate bei Männern bei 44 Prozent. Entscheidend dafür ist vermutlich die Unterschiedlichkeit der akuten Beschwerden. So ist es nicht der klassische Brustschmerz des gestressten Mannes, sondern eher Beschwerden wie Übelkeit, Bauchschmerzen, Erbrechen sowie Schmerzen im Nacken- und Kieferbereich, die einen Herzinfarkt bei Frauen signalisieren. Die Folge: Frauen werden ungefähr 40 bis 45 Minuten später ins Krankenhaus eingeliefert. Bei einem Infarkt zählt jedoch jede Minute.

Prävention am Arbeitsplatz

Durch Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz ließen sich jährlich rund 10 000 Todesfälle durch arbeitsbedingte Herzinfarkte vermeiden. Im Arbeitsschutzgesetz ist eine so genannte Gefährdungsbeurteilung vorgeschrieben.

Jedoch wird in der Praxis häufig weder auf die eigentliche Beurteilung der potenziellen Gefahren am Arbeitsplatz noch auf vorbeugende Maßnahmen eingegangen. Zu den ar-

beitsbedingten Risikofaktoren für einen Herzinfarkt gehören dauerhafte psychische Belastungen wie hoher Arbeitsdruck, chronischer Zeitmangel, Überforderung und schlechte Kommunikation in den Betrieben. Weitere Risikofaktoren sind starker Lärm sowie verrauchte Arbeitsräume.

Hier sieht beispielsweise der Paragraph 5 der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) vor, die nichtrauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch zu schützen. Hierbei hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht. Durch Befragung der Beschäftigten oder auch durch anonyme Beschreibungen von Belastungsfällen durch die Arbeitnehmer selbst, lassen sich Gefahren ermitteln und reduzieren.

Um das Herzinfarktrisiko nachhaltig zu senken, ist es wichtig sowohl auf die Umgebung zu achten, aber vor allem auch das eigene Verhalten ständig zu überdenken. Sich der Symptome bewusst sein und im Notfall schnell zu handeln, kann das eigene und das Leben anderer retten.

Ute Merz

ALARMZEICHEN – WANN MUSS REAGIERT WERDEN?

- Bei schweren, länger als fünf Minuten anhaltenden Schmerzen im Brustkorb, die in die Arme, die Schulterblätter, den Hals oder Kiefer sowie in den Oberbauch ausstrahlen können.
- Starkes Engegefühl, Druck im Brustkorb, sowie ausgeprägtes Angstgefühl.
- Zusätzlich zum Brustschmerz können Atemnot, Übelkeit oder Erbrechen auftreten.
- Bei einem Schwächeanfall (auch ohne Schmerz) eventuell Bewusstlosigkeit.
- Bei blasser, fahler Gesichtsfarbe oder kaltem Schweiß
- Bei Frauen sind Atemnot, Übelkeit,

Schmerzen im Oberbauch oder Erbrechen häufig die einzigen Signale für einen akuten Herzinfarkt!

Niemals zögern – Notruf wählen:

Telefon 112 – bundesweit

Quelle: www.herzstiftung.de

HERZINFARKTRISIKO – WIE KANN ES FRÜHZEITIG GESENKT WERDEN?

- **Weg vom Tabak:** Gibt man das Rauchen auf, so sinkt das Herzinfarktrisiko innerhalb von drei Jahren um 50 Prozent.
- **Ausgewogene Ernährung:** Mittelmeerkost beugt vor. Dass heißt: viel Gemüse, Obst und Salat. Olivenöl statt Butter und eher Fisch als Fleisch. Dazu eine Portion Kohlehydrate in Form von Pasta, Kartoffeln oder Reis. Geringe Mengen Alkohol senken sogar das Infarktrisiko (Obergrenze sind zwei Gläser Wein pro Tag)
- **Übergewicht ade:** Bei einem Normalgewicht liegt der Bodymassindex (BMI) unter 25 ($\text{BMI} = \frac{\text{Körpergewicht}}{\text{Körpergröße}^2}$, zum Beispiel: $70 \text{ kg} : 1,70 \text{ m}^2 = 24,2$)
- **Spaß an Bewegung:** Bewegung in den Alltag einbauen. Nehmen sie die Treppe

statt den Lift, außerdem stärkt regelmäßiges Spaziergehen das Herz, dosiertes Training unterstützt das Abnehmen und baut Stress ab.

- **Stress verringern:** Zeit nehmen für Entspannung und Ruhe. Entspannungstechniken wie zum Beispiel das Autogene Training reduzieren nicht nur Stress, sondern erhöhen auch die Leistungsfähigkeit.

INFORMATIONEN IM INTERNET

- www.herzstiftung.de – Informationen rund um den Herzinfarkt mit einem Risikotest
- www.herzstiftung.de/notarzt.php – Testen Sie Ihr Notfallwissen in einem Onlinespiel
- www.igmetall.de/gesundheits – Hier gibts Infos zur Gesundheit im Betrieb



RECHT **so**



metall: Für die Berechnung des Arbeitslosengelds II (ALG II) werden auch die Finanzen der Personen geprüft, die mit dem Antragsteller in einem Haushalt leben. Dabei spielt die Bedarfsgemeinschaft eine große Rolle. Was ist das?



DGC-Helke Rost

Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Arbeitslosengeld II wird nur gezahlt, wenn die Bundesagentur für Arbeit die Bedürftigkeit des Antragstellers feststellt. Dabei wird nicht allein der Bedarf des Antragstellers geprüft, sondern der Gesamtbedarf der so genannten Bedarfsgemeinschaft. Zu ihr gehören der Ehepartner des Antragstellers, die minderjährigen Kinder und in bestimmten Fällen die Eltern des Antragstellers.

Personen, die mit einem Hilfebedürftigen in einer eheähnlichen Beziehung leben, werden auch zur Bedarfsgemeinschaft gezählt, wenn die eheähnliche Partnerschaft mindestens ein Jahr besteht. Diesen Zeitraum hat das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg erst im Januar dieses Jahres definiert. Allerdings ist die gesetzliche Regelung nicht konsequent: Steuerliche Vergünstigungen für die unverheirateten Lebenspartner, die einander finanziell unterstützen, hat der Gesetzgeber nicht vorgeesehen.

Vorsicht ist geboten, wenn wegen des Einkommens eines Mitglieds der Bedarfsgemeinschaft

kein Anspruch auf ALG II besteht. Dann übernimmt die Arbeitsagentur die Kosten der Krankenversicherung nicht; man ist aber auch nicht beim Partner mitversichert. Hier hilft nur der Abschluss einer Versicherung auf freiwilliger Basis.

Bei Hilfebedürftigen, die mit Verwandten und Verschwägerten in einer Haushaltsgemeinschaft leben, verlangt die Arbeitsagentur, dass diese den ALG-II-Anspruchsteller unterstützen.

Dies trifft zum Beispiel zu, wenn ein volljähriges Kind mit seinen Eltern in einer Wohnung lebt. In der Regel geht die Bundesagentur davon aus, dass das erwachsene Kind keinen Beitrag zur Miete zahlen muss oder freie Kost hat. ◀

► **Weitere Fragen** zum Arbeitslosengeld II oder rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

Recht auf Urlaub

Erholung muss sein. Darum hat jeder Beschäftigte einen gesetzlich garantierten Anspruch auf seinen Urlaub.

? **Wie viele Tage Urlaub schreibt das Gesetz vor?**

Nach dem Bundesurlaubsgesetz (BUrlG) haben Beschäftigte einen Anspruch auf mindestens 24 Werktage bezahlten Urlaub im Jahr. Das sind vier Wochen, bei einer Fünf-Tage-Woche 20 Arbeitstage.

Während des Urlaubs muss nach Paragraph 11 BUrlG das durchschnittliche Gehalt des letzten Vierteljahres (ohne Überstundenvergütung) weiterbezahlt werden.

des Arbeitsverhältnisses wird Anspruch auf ein Zwölftel des Jahresurlaubs erworben. Auf diesen so genannten Teilurlaub besteht dann ein Anspruch, wenn Arbeitnehmer im Kalenderjahr die sechsmonatige Wartezeit noch nicht erfüllt haben oder vor erfüllter Wartezeit aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden. Gleiches gilt, wenn zwar die Wartezeit erfüllt ist, aber Arbeitnehmer noch in der ersten Hälfte des Kalenderjahres, also vor dem 30. Juni des Jahres wieder aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden.

? **Wann besteht ein Anspruch auf Urlaub?**

Nach sechsmonatigem Bestehen eines Arbeitsverhältnisses besteht ein voller Urlaubsanspruch. Ob ein Beschäftigter während des Jahres wenig oder gar nicht (beispielsweise wegen Krankheit) gearbeitet hat, spielt keine Rolle.

? **Wie berechnet sich der Urlaub in einem Ein- oder Austrittsjahr?**

Hier entsteht nur teilweise ein Urlaubsanspruch. Für jeden vollen Monat des Bestehens

? **Wie sind die tarifvertraglichen Regelungen?**

Nach den Tarifverträgen der IG Metall beträgt der Jahresurlaub in der Regel 30 Arbeitstage, also sechs Wochen pro Jahr. Als Urlaubsentgelt wird das normale Gehalt weiterbezahlt.

? **Wer darf den Zeitpunkt des Urlaubs festlegen?**

In der Regel sollten auf die zeitlichen Urlaubswünsche des Arbeitnehmers Rücksicht genommen werden. Ausnahmen: Dringende betriebliche Belange. Andere Be-

Meldungen

Riesterrente Jetzt beantragen

»Altersvermögenswirksame Leistungen« nach dem neuen Tarifvertrag für die Metallindustrie gibt es zwar erst ab Oktober. Aber schon jetzt können Beschäftigte, die noch keine Verträge haben, sie beim Arbeitgeber beantragen. Außerdem können sie die Leistungen schon durch Beträge aus dem eigenen Portmonee aufstocken. Der Arbeitgeber kann

sie ansammeln und ab 1. Oktober als einmalige Zuzahlung in den Vertrag – zum Beispiel mit der Metallrente – einbringen. Aufstocken lohnt sich. Denn wer die volle Riesterförderung will, muss mindestens drei Prozent seines Bruttoeinkommens von 2005 investieren. Dazu gibt es ein separates Formular: in den Personalabteilungen, in Betrieben (die Metallrente anbieten), bei Beratern der Metallrente und unter: www.metallrente.de ◀



Foto: picture-alliance / Bildagentur Huber / R. Schmid

Urlaubsidylle pur: Alphornbläser auf dem Fellhorn im Allgäu

? Gibt es eigentlich auch Ausnahmen?

Ja. Wenn ein Urlaubsantrag gestellt wurde, aber dieser aus betrieblichen Gründen nicht genehmigt werden konnte.

Oder, wenn ein Arbeitnehmer wegen Krankheit seinen Urlaub nicht innerhalb des laufenden Jahres nehmen konnte.

In beiden Fällen darf der Urlaub auf das folgende Jahr übertragen werden. Der übertragene Urlaub muss dann in den ersten drei Monaten des Folgejahres, und zwar bis zum 31. März, genommen werden. Ein Arbeitgeber ist dann nicht berechtigt, diesen Urlaub abzulehnen.

Übertragener Urlaub verfällt endgültig, wenn dieser nicht bis zum 31. März des Folgejahres genommen wird. Auch, wenn dafür gesundheitliche Gründe verantwortlich waren. ◀

Antonela Pelivan

schäftigte haben unter sozialen Gesichtspunkten Vorrang, wenn sie beispielsweise schulpflichtige Kinder haben.

? Darf der Jahresurlaub am Stück genommen werden?

In der Regel ja. Wird aus dringenden betrieblichen Gründen kein zusammenhängender Urlaub genehmigt, muss ein Urlaubsteil mindestens zwölf aufeinanderfolgende Werktage haben.

? Haben Auszubildende einen höheren Urlaubsanspruch?

Für Jugendliche regelt das Jugendarbeitsschutzgesetz den Urlaub, aber auch der Tarifvertrag. Per Gesetz haben Auszubildende und Ju-

gendliche, die zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht

- ▶ 16 Jahre alt waren 30 Werktage,
- ▶ 17 Jahre alt waren 27 Werktage,
- ▶ 18 Jahre alt waren 25 Werktage

Urlaub. Auszubildenden, die zu Beginn des Kalenderjahres bereits das 18. Lebensjahr erreicht haben, stehen mindestens 24 Werktage Urlaub im Jahr zu. Die Zahl der Urlaubstage bezieht sich auf eine Sechstage-Woche. Nach den Tarifverträgen der IG Metall haben Auszubildende 30 Arbeitstage im Jahr Urlaub. In vielen Betrieben dürfen sie nur während der Berufsschulferien Urlaub nehmen. Solche Regelungen müssen aber mit dem Betriebsrat abgestimmt sein.

? Was müssen Arbeitnehmer beachten, wenn sie während des Urlaubs erkranken?

Die Tage der Arbeitsunfähigkeit werden nicht auf den Urlaub angerechnet, wenn ein ärztliches Attest vorgelegt wird. Auch wer im Ausland erkrankt und dort zum Arzt geht, sollte sich von diesem ein Attest ausstellen lassen.

? Kann Urlaub verfallen?

Ja, denn Jahresurlaub gibt es immer für das laufende Kalenderjahr, und zwar vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Wenn in dieser Zeit der Jahresurlaub nicht aufgebraucht wird, verfällt dieser grundsätzlich am Ende des Jahres.

INFOS

Tipps und Publikationen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Jugendliche und Auszubildende:

- ▶ www.igmetall.de
- ▶ www.gutearbeit-online.de
- ▶ www.jugend.igmetall.de
- ▶ www.dgb-jugend.de

Erwerbsminderungsrente Abzüge unzulässig

Wer eine Erwerbsminderungsrente erhält, aber noch keine 60 Jahre alt ist, muss keine Abschläge in Kauf nehmen. Das hat das Bundessozialgericht am 16. Mai entschieden (Aktenzeichen: B 4 RA 22/05).

Seit 2001 werden Renten wegen Erwerbsminderung bei allen, die sie schon vor dem 63. Lebensjahr erhalten, für jeden Monat, den sie sie früher erhal-

ten, um 0,3 Prozent gekürzt – bis maximal 10,8 Prozent. Wer jünger als 60 Jahre ist, wurde bisher so behandelt, als sei er bereits 60, und bekam eine um 10,8 Prozent gekürzte Rente. Das ist nach dem Urteil des Bundessozialgerichts rechtswidrig.

Versicherte, die jünger als 60 Jahre sind und kürzlich eine Erwerbsminderungsrente bewilligt bekommen haben, können gegen den Bescheid Widerspruch einlegen (Frist: ein Mo-

nat ab Zugangstag des Rentenbescheids). Rentner, deren Bescheide schon bestandskräftig sind, sollten bei der Rentenversicherung beantragen, ihn zu überprüfen.

Mehr Infos oder Rechtsaukünfte erhalten Mitglieder bei ihrer zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle. Vordrucke für ein Widerspruchs schreiben sowie einen Überprüfungsantrag gibt es im Internet unter: www.igmetall.de/ratgeber/rente ◀

Anzeige _____

Monatsrätsel...

germanischer Heerführer	Handels-gut Kurort am Gardasee	ärztliche Bescheinigung	Adelstitel für den Freiherrn	eh. russ. Raumstation	emsiges Zielstreben
telegrafische Verbindung			organische Stickstoffbase		
Farbe beim Roulette		10	Tabelle für Preise, Gebühren und Steuern		Bein (englisch)
latein. Grußwort			englisches Längenmaß	Stadt an der Öka gr. Vorsilbe für: leben...	6
	1	Buchnummer (Abk.) elektr. Pluspol		7	Skat-ausdruck Bratensaft
Nebenfluss der Wolga		griech. Vorsilbe f.: gegen... Gehabe	14	Paarungszeit der Vögel	Abgaben an den Staat
			Verkehrsmittel (Kzw.) Zufluss der Oberelbe	13	italien. Modeschöpfer (Giorgio)
alte französische Währung	Gerbrinde Vater und Mutter		Organ der Studentenschaft (Abk.)		
		4	Gallertmasse Schiffs-takel	15	persönl. Fürwort german. Göttin
Ackerland		12	Riemenzeug für Reittiere Zitterpappel		
Unwahrheit			Europäer kurz für: in das	See, Meer (engl.) ostspan. Küstenfluss	
Sommer (frz.)	9		Teil des Kopfes	2	
Stadt in Pennsylv.			11		
dt. Autor † (Ludwig)			alte finnische Münze	8	
Donau-zufluss		3	männlicher Artikel	5	

Lösungswort Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. August 2006 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Mai 2006: Rentenbeitragsatz

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

Der Zusatzgewinn im Mai 2006:

Je ein IG Metall-Fußball geht an:

Elisabeth Heumer, Rhede
Albert Lauer, Hagen

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis:
Ein »Tipp-Kick«-Sportstadion zum Nachspielen der WM zuhause



2. Preis:
Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis:
Ein Spiel »Betriebsrat ärgere dich nicht« für die ganze Familie

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 7-8



Wenn Sie die Bilder richtig deuten erhalten Sie den ersten Teil unseres Kettenrätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 7-8 bis 9** auf eine Postkarte schreiben und bis 30. September 2006 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** gewinnen. Und als Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **56 Euro**.

ANSCHLÄGE

An alle Unternehmer im Kreis Kleve u. Umgebung, tausche meine kostenlose Arbeitskraft (kein Sex), 2 bis 4 Std. wöchentl. gegen Lehrstelle für meinen Sohn (im Einzelhandel o. Handwerk), Angebote u. _____

► **Stellenanzeige in der »Neue Rhein Zeitung«**

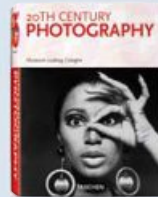
Pausenregelung!

Die Pausen sind von jedem in den bekannten Zeiten einzuhalten. Ausnahme sind Einladungen untereinander zum Geburtstag.

P.S. Gemeint sind richtige Geburtstage nicht gefühlte

► **Mail vom Chef bei »Waldrich«, Siegen**

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: **metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main**



Erster Digital-Fotowettbewerb für Mitglieder der IG Metall

Zum ersten Mal schreibt **metall** einen Fotowettbewerb aus zum Thema: »Mein Foto aus der Arbeitswelt« Gefragt sind Digitalfotos (in Farbe oder schwarz-weiß) von Menschen, Arbeitsplätzen, Maschinen oder Materialien. **Einsendeschluss: 10. September. Teilnahmebedingungen:** Jedes Mitglied kann uns ein Digitalfoto von je maximaler Dateigröße von 500KB zu-mailen (Originalbilddatei sichern!).

Die Adresse: fotowettbewerb@igmetall.de

Bitte jedes Foto einzeln in einer E-Mail mit Bild- und Absenderinformationen zu-mailen. Wichtig: In der Betreffzeile den Namen der beigefügten Bilddatei angeben um eine einwandfrei Zuordnung der Bilder zu ermöglichen! Die Arbeiten werden auf eigenes Risiko eingesandt (keine Haftung). Die Einsender sichern zu, dass ihre Bilder nicht mit Rechten Dritter belastet und abgebildete Personen mit der Veröffentlichung einverstanden sind. Ansprüche Dritter werden vom Einsender erfüllt. Die Teilnehmer erklären sich mit der Teilnahme am Wettbewerb damit einverstanden, dass die Fotos in Zusammenhang mit dem Wettbewerb von der IG Metall mit Copyright-Vermerk veröffentlicht werden dürfen und im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden können. Geeignete Fotos stellen wir auch in einer Internet-Galerie mit Copyright-Vermerk aus. Die Gewinner werden von einer Fach-Jury der IG Metall ausgewählt und mit Sach- und Buchpreisen prämiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Unternehmenspolitik muss sozial verantwortlich werden

HEINZ BIERBAUM ÜBER NACHHALTIGES MANAGEMENT

In der Unternehmenspolitik hat sich in hohem Maße das »Shareholder Value«-Konzept durchgesetzt. Die Wertsteigerung für die Anteilseigner steht im Vordergrund. Das Unternehmen wird als Finanzanlage gesehen, die eine Mindestverzinsung erbringen muss. Dies führt zur Ausrichtung an hohen Renditen in kurzer Frist und äußert sich in verschärften Kostensenkungsprogrammen – mit all ihren negativen Folgen für Standorte und Arbeitsplätze. Eine langfristige und damit nachhaltige Unternehmenspolitik bleibt meist auf der Strecke.

Im Rahmen der »Shareholder Value«-Orientierung wird Arbeit vor allem als Kostenfaktor gesehen. Ein Faktor, den es zu minimieren gilt. Im »Stakeholder Value«-Konzept hingegen wird anerkannt, dass der Unternehmenserfolg das Ergebnis des Zusammenwirkens von verschiedenen Gruppen ist – darunter insbesondere auch der Beschäftigten. Damit sind eben auch die Interessen der verschiedenen Gruppen, die mit dem Unternehmen zu tun haben (die »Stakeholder«), und nicht nur das Interesse der Kapitalgeber zu berücksichtigen. Allerdings bleibt auch in diesem Ansatz das strukturelle Mach-



»Standorte und Beschäftigte dürfen nicht zum Spielball der Profitinteressen der Anteilseigner werden. Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden.«

tungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit erhalten. Das Konzept der sozial verantwortlichen Unternehmenspolitik knüpft an diese Überlegungen an. Das Unternehmen wird als Wertschöpfungsprozess mit der Arbeit und damit den Beschäftigten als zentralem Ansatzpunkt begriffen. Natürlich wird damit die generelle Ausrichtung der Unternehmenspolitik an der Rendite des eingesetzten Kapitals nicht aufgehoben. Es ergeben sich jedoch andere Orientierungen und Perspektiven. Im Vordergrund steht die Entwicklung der eigenen Potenziale. Die vorhandenen Ressourcen sollen für Prozess- und Produktinnovationen und damit für die Entwicklung des Unternehmens genutzt werden. Arbeit wird vor allem als Leistungsfaktor und damit als eine wesentliche Grundlage für den Unternehmenserfolg gesehen, den es zu entwickeln gilt.

Personalpolitik im Sinne von Personalentwicklungsplanung mit Erhalt und Ausbau der Qualifikationen hat in diesem Konzept einen hohen Stellenwert. Dies gilt umso mehr, als im Rahmen des internationalen Wettbewerbs Wissen und Kompe-

Und so funktionier sozial verantwortliche Unternehmenspolitik

AUF EIN FESTES FUNDAMENT GESTELLT

Der Betriebsrat von Bosch in Ansbach zeigte Weitsicht. Gemeinsam mit der IG Metall-Verwaltungsstelle in Fürth und dem Info-Institut in Saarbrücken setzte er sich frühzeitig mit der Zukunft des Werks auseinander. Hierfür wurden Produktlebenszyklen, Wettbewerber, Märkte und Technologien analysiert. Der Bosch-Betriebsrat kam aufgrund der Analysen zum Schluss, sich bereits vor einer Ergebniskrise strategisch zu positionieren.

Ziel des Beratungsprojekts ist es deshalb, ein Beschäftigungssicherungskonzept zu entwickeln, welches auf ein festes Fundament gestellt wird. Vor diesem Hintergrund wird nicht nur der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen verhandelt, sondern es werden auch Themenfelder wie beispielsweise Investitionen (welche die Zukunftsfähigkeit des Werks sichern), neue Produkte (zur Sicherung des Beschäftigungsniveaus), Kompetenzzentren

(zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit), Ausbildung (zur nachhaltigen Absicherung des Unternehmens mit gut ausgebildeten Arbeitskräften) oder Qualifizierung (zur Weiterbildung der Mitarbeiter) diskutiert. Für das Konzept der nachhaltigen Beschäftigungssicherung ist eine Wirksamkeit bis weit über das Jahr 2015 hinaus geplant. Ein Beispiel also, wie nachhaltige, sozial verantwortliche Unternehmenspolitik funktioniert. ◀

tenz immer wichtiger werden. Beteiligung und Mitbestimmung werden zu wichtigen Eckpfeilern gerade auch für die Unternehmensentwicklung. Bestandteil einer sozial verantwortlichen Unternehmenspolitik ist aber vor allem auch die Sicherung von Standorten und Beschäftigung. Dies stellt die Basis für eine nachhaltige und partizipativ ausgerichtete Unternehmenspolitik dar.

Angesichts der öffentlichen Kritik an der amorali-schen Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen durch multinationale Konzerne sehen sich Unternehmen zunehmend genötigt, ihrer sozialen Verantwortung stärker Rechnung zu tragen. Ausdruck davon sind die Vereinbarungen zu »Corporate Social Responsibility«. Dies bedeutet, dass sich die Unternehmen verpflichten, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, die OECD-Leitsätze für verantwortungsvolles Verhalten oder die Prinzipien der UNO zur Wahrung der Menschenrechte, der Arbeitsnormen und des Umweltschutzes anzuerkennen. Sozial verantwortliche Unternehmenspolitik ist allerdings mehr als die Anerkennung derartiger Grundsätze. Sie muss die Unternehmenspolitik in ihrem Kern ergreifen und auch nach innen gelebt werden.

Standorte und Beschäftigte dürfen nicht zum Spielball der Profitinteressen der Anteilseigner werden. Unternehmenspolitik muss vielmehr ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden. Ein wesentliches Element stellt dabei der schonende Umgang mit der Umwelt dar. Soziale Verantwortung in der Unternehmenspolitik muss sich insbesondere gegenüber den eigenen Beschäftigten, aber auch gegenüber den Regionen erweisen, in denen die Unternehmen Standorte haben. Sozial verantwortliche Unternehmenspolitik ist zugleich nachhaltige, also langfristige auf Schonung und Entwicklung der Ressourcen ausgerichtete Politik. ◀

Vita

10 Jahre Info-Institut

Hinz Bierbaum arbeitete 1979 bis 1990 beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt und wurde anschließend Erster Bevollmächtigter in Frankfurt am Main. Seit Juli 1996 ist Bierbaum Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) des Saarlandes mit dem Schwerpunkt Unternehmenspolitik und Unternehmensorganisation. Der 59-Jährige gründete und leitet das Info-Institut an der HTW.

POLITISCH KORREKTES TRINKEN IN DER PFALZ



In den Weinbergen im pfälzischen Bad Dürkheim: die Winzer der Lebenshilfe bei der Arbeit

Beim Weinbau der Lebenshilfe in Bad Dürkheim gibt es nicht nur prämierte biologische Spitzenweine. Der Pfälzer Betrieb zeigt, dass das Prinzip, »der Stärkere hilft dem Schwächeren« funktioniert.

Kellermeister Rüdiger Tempel ist mächtig stolz: »Wir bekommen mittlerweile viele Anfragen von Winzern, ob sie unsere Beschäftigten auch einstellen können.« Ein großes Lob, denn Tempels Mannschaft ist eine bunt gemischte Gruppe von 22 Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen. Und die produzieren seit 20 Jahren zusammen mit einem Kellermeister, zwei Winzern und zwei Zivildienstleistenden biologische Spitzenweine. Alle Trauben werden handverlesen. Sie wachsen auf besten Lagen rund um Bad Dürkheim. Einige Weinberge müssen zu 100 Prozent mit der Hand bewirtschaftet werden. Deshalb bringen die 12 Hektar Anbaufläche auch nur rund 48000 Liter, also

die Hälfte der üblichen Menge – dafür aber mit hoher Qualität – ein. »Wir wollen und können keine Arbeitsplätze abbauen, deshalb müssen wir auf Qualität setzen, und das funktioniert bei uns nach dem Prinzip »Besser statt Billiger«, erklärt Kellermeister Tempel. Das Konzept bewährt sich: Im vergangenen Jahr zog der Weinbau der Lebenshilfe in ein nagelneues, größeres Gebäude um. »Das Kapital dafür haben wir uns wie andere Winzer auch bei den Banken besorgt«, betont Lebenshilfe-Geschäftsführer Fritz Radmacher. Kein Wunder, ist er froh, dass einige Weine auf der Preisliste wie der seltene Sankt Laurent des Jahrgang 2004 schon ausverkauft sind. Macht nix, der Jahrgang 2005 ist bereits abgefüllt. Und Lebenshilfe-Mitarbeiterin Inge Bleh klatscht, während sie Etiketten klebt, in die Hände: »Au ja, lass uns doch eine Flasche aufziehen.« Integration auf pfälzisch.

Susanne Rohmund

Eingeschenkt

Der Weinbau der Lebenshilfe Bad Dürkheim bietet einen breiten Sortenspiegel:

Riesling, Silvaner, Weißburgunder sowie bei den Rotweinen Spätburgunder, Sankt Laurent, Cabernet Sauvignon und natürlich der Pfälzer Dornfelder. Derzeit sind drei goldene Prämierungen auf der Weinliste: der 2004er Riesling Kabinett halbtrocken (0,75 l für 4,40 Euro elegant duftig), der 1999er Riesling Auslese (0,75 l für 9,20 Euro zum Dessert) und der 2004er Riesling Brut Sekt (0,75 l für 8,60 Euro

wenn es festlich wird). Zu Empfehlen: Der 2005er Sankt Laurent, gerade erst abgefüllt und deshalb noch sehr unruhig. Jetzt mit Kirscharomen, ab Weinachten dann rund und mit samtigem Duft.

Alle Weine sind biologisch angebaut und zu bestellen bei: Weinbau der Lebenshilfe Bad Dürkheim e.V. Sägmühle 13, 67098 Bad Dürkheim
Telefon: 06322-93 81 35
Fax: 06322-93 81 67
Internet: www.duewerk.de

